

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montage ausserhalb. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,00 M. für Ver-  
brenn nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Schreibband  
bezogen für Deutschland und Österreich 1,60 M., für das übrige Ausland 2,00 M.  
Postigeld. Zahlungsausschluss, per Brief für Deutschland und Österreich 1,00 M.,  
Belgien, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die vollständigen Kompartiments- oder deren Name kostet 1.- M. einschließlich  
Lehrerpreis. Dieser Preis gilt für die Zeit vom 1. August bis 31. August. Jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Lehrerpreis. Ausland: Ausland 2,00 M., Ausland 2,00 M.,  
Belgien, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.  
Postigeld. Zahlungsausschluss, per Brief für Deutschland und Österreich 1,00 M.,  
Belgien, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Krieg der Weltreaktion!

Der internationale Metallarbeiter-Kongress in Kopenhagen nahm folgende Resolution an:

Zum ersten internationalen Kongress nach Kriegsende zuzammentretend, antworteten die Delegierten der Metallarbeiterorganisationen von 11 Ländern ihren Kollegen und dem übrigen gewerkschaftlichen und sozialistischen Proletariat den herzlichsten Gruß.

Der 8. internationale Metallarbeiter-Kongress verurteilt den Krieg und erklärt, daß jeder Krieg zerstörend wirkt, daß der Krieg die Bestrebungen der kapitalistischen Klassen und Regierungen, die die Herrschaft des Kapitalismus zu festigen und zu verlängern, offensichtlich macht. Der Kongress verurteilt jede Besetzung eines Landes, jede offene oder verdeckte Intervention oder Einmischung der Regierenden eines Landes in das Recht der Völker, selbst die Form ihrer Verfassung und ihrer Regierung zu bestimmen. Der Kongress verurteilt jede

#### Bergewaltigung der Neutralität oder Unabhängigkeit eines Landes

sowohl die früher begangenen als auch die späterhin beabsichtigten, unter welchem Vorwand immer sie vorgenommen werden sollten. Der Kongress lehnt die Aufmerksamkeit des ganzen Proletariats auf die Unfähigkeit des Kapitalismus und seiner Regierungen, einen gerechten und wirklichen Frieden zu bringen, der die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung aller Völker sichern könnte. Vor allem verweist der Kongress das Proletariat auf den unangenehmen imperialistischen Frieden, der vom Kapitalismus den Völkern Europas auferlegt wurde. Dieser Frieden ist ein untrüglicher Beweis und ein berechtigtes Beispiel dafür, daß ein Krieg tatsächlich weder die Probleme der natürlichen Entwicklung löst, noch viel weniger die sozialen Probleme löst, oder die Befreiung des Proletariats herbeiführt kann. Dies kann auch nach der prinzipiellen Auffassung des internationalen Metallarbeiterbundes nur durch den revolutionären, von internationaler Solidarität des Proletariats getragenen, von seinen Organisationen geführten Klassenkampf beschleunigt und herbeigeführt werden. Der Krieg weist und peitscht nationalistische Leidenschaften auf, reißt das Proletariat auseinander, verurteilt es zur Ohnmacht und behindert es daher in der Verfolgung seiner gewerkschaftlichen Ziele.

Der Kongress bekräftigt, daß Ziel und Gründe, die zur Errichtung des internationalen Metallarbeiter-Bundes führten, heute mehr denn je Geltung haben.

Und deshalb betont er mit besonderem Nachdruck die Pflicht der angeschlossenen Organisationen, den Bestrebungen des Kapitalismus den festen Willen und die ganze Aktionkraft des Proletariats mit um so größerer Energie entgegenzustellen, als der Kapitalismus jetzt alle seine Kräfte zur Verwirklichung seiner Ziele sammelt.

Diese Pflicht besteht gegenüber allen vom Kapitalismus entfesselten Kriegen, ganz besonders gegenüber den mit Hartnäckigkeit fortgeführten

#### Krieg gegen das russische Proletariat

Dieser Krieg zeigt ebenso wie der Kampf gegen das ungarische Proletariat die gemeinsame Schuld und das Zusammenwirken der kapitalistischen Regierungen an der Niederdrückung nicht nur der Arbeiter Sowjetrußlands und Ungarns, sondern des Sozialismus überhaupt.

In Erkenntnis der Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und im solidarischen Zusammenwirken mit der gewerkschaftlichen Internationale in Amsterdam fordert der Kongress die Metallarbeiter aller Länder auf, ihre Klassenolidarität durch Verweigerung der Herstellung von Waffen, Munition und jeglichen Kriegsgerätes für die Feinde Sowjetrußlands und für jeden anderen Krieg, durch Uebernahme der auszuführenden Aufträge und durch Unterfütterung der Transportarbeiter und Eisenbahner in der Zurückhaltung von Truppen, Waffen- und Munitionstransporten aktiv zu betätigen.

Der Kongress fordert die Metallarbeiter der ganzen Welt auf, jeden Appell des internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam zur Aktion in dieser Richtung Folge zu leisten. Darüber hinaus fordert er sie auf, den Kampf des russischen Proletariats für seine Unabhängigkeit gegen den internationalen Kapitalismus dadurch die wirksamste Unterstützung zu geben, daß sie mit verdoppelter Energie in ihrem eigenen Lande den Kampf gegen die Reaktion und die imperialistischen Maschinenaktionen aufnehmen, was das einzige Mittel ist, die revolutionären Errungenschaften der russischen Genossen zu retten und die Weiterführung der sozialen Revolution zu sichern.

und regelmäßige Verbindung mit unserer Abordnung kann die Bedingungen schaffen, die zu einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen führen.

#### Polnischer Frontbericht

II. Warschau, 28. August.

Amlicher Heeresbericht vom 7. August.  
Nordfront: Im südlichen Abschnitt ist die Lage unverändert. Mittelfront: Im Laufe des 26. vermehrte sich unsere Leute an der deutschen Grenze um vier Geschütze, 43 Maschinengewehre und große Munitionsmengen. Um dem vom Feinde geplanten Angriff auf Brest-Litowsk zuvorzukommen, gingen Abteilungen der 3. Legionärdivision am 25. d. M. ihrerseits zum Angriff über. In der Eisenbahnstation Zabinka (an der Straße Brest-Litowsk-Minsk) wurden die Hauptkräfte des Feindes beim Ausladen überrascht und durch Maschinengewehrfeuer auf kurze Entfernung dezimiert. Dabei wurden 650 Gefangene gemacht, darunter 11 Offiziere und 2 Generalstabsoffiziere, 12 Maschinengewehre und 4 Lastautos erbeutet. Der Kommandant der 57. Sowjetdivision und sein Stabschef fielen in diesem Gefecht.  
Südfront: Ostlich von Lemberg sind heftigste Kämpfe im Gange, die bei Hlybiatow einen besonders erbitterten Charakter annehmen. Im Raume Bobrka und Swirz wurden mehrere feindliche Angriffe abgewiesen. Bei Podhorcie wurde die 27. Sowjet-Infanteriedivision verprengt und 120 Gefangene gemacht. Längs des Dniestr keine Veränderung.

#### Stillstand des polnischen Vormarsches — Verstärkungen der Russen

II. Kopenhagen, 28. August.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die polnische Offensive infolge Ermüdung der Truppen und wachsenden Widerstand der Volksgewalten vorläufig zum Stillstand gekommen ist. Im Norden sind die Polen bis Grajewo vorgebrungen und weiter südlich wurde Orshowico eingenommen. Die Kämpfe bei Lemberg werden wahrscheinlich alsbald zum Stillstand kommen. Infolge der zunehmenden Desertion der polnischen Truppen plant man die Errichtung eines besonderen Feldgerichtshofes.

II. Kopenhagen, 28. August.

Aus Reichenburg in Ostpreußen wird gemeldet, daß die Volksgewalten große Verstärkungen erhalten, die in der Richtung Suwalki-Augustowo vorgeschickt werden. Im ganzen sollen 36 Eisenbahnwagen mit Munition die Stadt passiert haben.

Die russisch-finnischen Verhandlungen. In Essterbuck ist gestern die durch den Waffenstillstandsvertrag festgesetzte russisch-finnische Kommission zusammengetreten.

### Zur Regierungsbildung in Thüringen

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

F. P. Wenn die Unmöglichkeit, auf Grund der letzten Landtagswahl eine parlamentarische Regierung zustande zu bringen, der Ausdruck für die Lebensfähigkeit des neuen Staates Thüringen wäre, so stünde es um dessen Zukunft herzlich schlecht. Reaktionäre Kreise glauben denn auch schon aus diesem politisch unklaren Zustande die Konsequenzen ziehen zu müssen; sie stellen der neuen staatlichen Einheit, die in erster Linie durch das entschlossene Eingreifen der sozialistischen Parteien nach der Novemberrevolution Wirklichkeit geworden ist, ein nahes Ende in Aussicht und die Reaktion würde um den Preis der Wiedereinführung der Monarchie bedenkenlos zu der alten staatlichen Zerrissenheit zurückkehren. Diese reaktionären Hoffnungen stützen sich auf das Erstarren der Gegenrevolution und den Nachschub, den das Bürgertum als Folge der fruchtlosen und demoralisierenden Koalitionspolitik im Reiche erhielt. Nachdem die Reichstagswahlen mit ihrer deutlich bemerkbaren Rechtsorientierung stattgefunden hatten, wußten wir, daß die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat in dem bis dahin stark sozialistischen Thüringen bei den Landtagswahlen auf des Messers Schneide stand. Die bürgerlichen Parteien, gefördert durch die strupellose Hebe der Rechtssozialisten gegen die U. S. P. und die kommunistischen Stimmenzerpflücker, erhielten denn auch am 20. Juni 27 Mandate, während die sozialistischen Parteien es nur auf 26 Mandate brachten.

Man sollte nun annehmen, daß auf Grund dieses Wahlergebnisses mit Bestimmtheit eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden könnte. Doch ist dem nicht so. Die demokratische Fraktion, in Stärke von vier Vertretern, lehnte von vorneherein eine Regierungsgemeinschaft mit der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei infolge deren aktiver Beteiligung am Kapp-Putsch ab. Ihre Absicht war, eine Koalitionsregierung, ähnlich der alten Reichsregierung, wobei auch die U. S. P. mitbeteiligt sein sollte. In diesem Bestreben wurden die Demokraten unterstützt durch die Rechtssozialisten, die alle demagogischen Künste spielen ließen, die Taktik unserer Partei in der Frage der Koalitionspolitik zu durchkreuzen. Diese Koalitionsträumer von einem billigen Erfolg; entweder schwächen wir die U. S. P. in die Regierung oder wir bringen sie zu einer glatten Ablehnung ohne jede Erörterung.

Die Unabhängige Sozialdemokratie Thüringens hat weder das eine noch das andere getan; sie hat es zu verhindern verstanden, sich ihre Taktik durch ihre Gegner vorschreiben zu lassen. Als am 20. Juli der neugewählte Landtag in Weimar zusammentrat, war der erste Gegenstand seiner Verhandlungen die Bildung der neuen Regierung. Die Vertreter unserer Partei ließen als stärkste Fraktion die Dinge an sich herankommen. Von den Rechtssozialisten gefragt, ob sie zur Teilnahme an einer sozialistischen Regierung bereit seien, erklärte sich unsere Fraktion dazu bereit und stellte sofort ihre grundsätzlichen Bedingungen, die dem Aktionsprogramm der Partei entsprechen. Zum obersten Grundsatz wurde erhoben, daß der sich überall anbahnenden Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats entgegengestellt werden müsse. Gefordert wurde deshalb, daß unserer Partei in der neuen Regierung die absolute Mehrheit, der maßgebende, beherrschende Einfluß gesichert werden müsse; das war unbedingt notwendig gegenüber den Rechtssozialisten und den Demokraten, die ja nun einmal das Jünglein an der Waage sowohl nach rechts wie nach links bilden. Weiter forderte unsere Fraktion: Auflösung der Einwohnerwehren, Bildung von Arbeiterwehren; Amnestie für alle von der gegenrevolutionären Justiz Eingekerkerten; Befreiung der reaktionären Beamten, Demokratisierung der Verwaltung; Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes, der Kraftquellen, Bodenschätze, Bergwerke usw.; Trennung von Kirche und Staat, Einheitsvolk, Volkshochschulen, Hebung des allgemeinen Bildungswesens, planmäßiger Ausbau der Wohlfahrtspflege. Die neue Regierung sollte sich ferner verpflichten, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß das thüringische Gebiet von allen militärischen Verbänden befreit und der Ausnahmezustand aufgehoben werde, die Klassenjustiz, insbesondere die Militärgerichtsbarkeit sofort beseitigt wird, daß mit der Vergesellschaftung der oben angeführten Einrichtungen und Güter umgehend begonnen werden darf und ein Gesetz zur Enteignung der früheren Fürsten geschaffen wird, schließlich forderte unsere Fraktion die sofortige Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Rußland und Friedensverhandlungen.

Die Bedingungen unserer Partei entsprechen den Grundsätzen des revolutionären Sozialismus und sie waren zugleich ein entschiedener Vorstoß gegen die konterrevolutionären Mächte. Die Rechtssozialisten stimmten diesen Richtlinien zu, die Demokraten lehnten sie ab, wie nicht anders zu erwarten war. In einer kurzen Generalklausur betonte unsere Fraktion, daß die von ihr aufgestellten Bedingungen das mindeste dessen darstellen, was in der Gegenwart im

### Die polnischen Friedensbedingungen

II. Krakau, 28. August.

Der dem polnischen Außenminister Sapieha nahestehende „Czas“ nennt als Hauptpunkt der polnischen Friedensbedingungen: 1. Anerkennung der äußeren und inneren Unabhängigkeit Polens. 2. Zuerkennung einer Obergrenze, bei der alle Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung oder polnischer Kultur an Polen fallen. 3. Dauernde Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen; die Unabhängigkeit Litauens und Weißrußlands muß insoweit gewährleistet werden, daß nicht die Gefahr einer Abhängigkeit von Sowjetrußland besteht. Um dies zu erreichen, könnten diese Mandatanten vielleicht vorläufig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

An diesen Friedensbedingungen fällt besonders die Forderung der dauernden Zugehörigkeit Ostgaliziens an Polen auf. Wie erinnerlich, ist die ostgalizische Frage der Gegenstand steter Beratung des Obersten Rates und der Friedenskongressen gewesen. Eine endgültige Lösung war noch nicht gefunden. Wenn jetzt Polen versucht, mit dem Gewalt seiner militärischen Erfolge zu erreichen, daß Ostgalizien ihm einverleibt wird, so wird es auf den Widerstand nicht nur der Ukrainer stoßen, sondern auch aus den Reihen der Alliierten selbst dürften ihm Schwierigkeiten bereitet werden. Es stimmt also nicht so ganz mit der polnischen Behauptung, daß die Friedensbedingungen ohne Rücksicht auf die militärischen Erfolge aufgestellt seien.

#### Eine Erklärung der polnischen Regierung

Die polnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Der Sieg der polnischen Armee ändert nichts in der Haltung der polnischen Regierung in der Friedensfrage. Der Einfluß der polnischen Regierung, eine gerechte Lösung des Zwischen mit der bolschewistischen Regierung herbeizuführen, ist niemals erschüttert worden. Wir führen keinen Krieg gegen die russische Nation und haben es nie getan. Wir wünschen keineswegs, uns fremdes Land anzueignen; wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß freundschaftliche Beziehungen zur russischen Nation eine Grundlage für den dauernden Frieden Osteuropas sind. Unsere Friedensbemühungen müssen aber vergeblich bleiben, wenn die Verbindung der polnischen Regierung mit ihrer Abordnung in Minsk durch technische Schwierigkeiten des Zunftverkehrs und der Kurierverbindung gestört wird. Die polnische Regierung muß verlangen, daß alle Schwierigkeiten der Verständigung mit der Abordnung in Minsk ohne Verzug behoben werden; denn allein eine direkte

Interesse der arbeitenden Bevölkerung getan werden muß. Damit war die Frage der Regierungsbildung auf einem toten Punkt angelangt und sie ist in den zehntägigen Verhandlungen, vom 20. bis zum 30. Juli, darüber nicht hinausgekommen. Die Unfähigkeit der Demokraten, sich weder für rechts noch für links entscheiden zu können, macht die Regierungsbildung zur Unmöglichkeit. Die Rechtssozialisten wären nach Aufforderungen ihres Ministerkandidaten, des Staatsrat Frölich (Münster) wohl bereit, mit Demokraten, Bauernbündlern und Deutscher Volkspartei eine Koalitionsregierung zu bilden, indes erklären sich die beiden letztgenannten Koalitionsparteien mit ihren deutschnationalen Freunden solidarisch, zumal ja die Bauernpartei nur die größere Filiale der Deutschnationalen Volkspartei ist. Das also ist auch heute noch der Stand der Regierungsbildung in Thüringen, bedingt durch den eigenartigen Wahlausfall, wie in dem Kampf um die Erhebung der politischen Macht durch das Proletariat die Entscheidung noch hin- und hergeschwankt.

Inzwischen führt der provisorische Staatsrat, der sich aus den früheren Landesregierungen zusammensetzt, in dem Sinne der noch von dem früheren provisorischen Volksrat geschaffenen Verfassung die Regierungsgeschäfte weiter. Die reaktionären Parteien brennen darauf, die bisherige sozialistische, mit einigen Radikalen durchsetzte Regierung abzulösen und die Erregungshoffen der Revolution, diese „vorübergehende Erscheinung“, radikal zu beseitigen. Die Leistungen der rein bürgerlichen Regierung unter Mitbeteiligung der Demokraten in Gotha geben eine ungefähre Vorstellung davon, wie auch in Thüringen die Reaktion sich auswirken würde, wenn sie zur Herrschaft gelangt.

Für die Regierungsbildung hängt, sobald der Landtag nochmals zusammentritt, alles von der Entscheidung der Demokraten ab. Schließen sie sich, nach dem Vorbild ihrer Gothaer Parteigenossen, mit dem reaktionären Bürger- und Bauerntum zusammen, dann ist die gegenrevolutionäre Fronte zur Regierung und Herrschaft gelangt. Ob nicht auch dann noch die Rechtssozialisten alle anfänglichen Bedenken beiseite stellen und mitregieren, bleibt zunächst dahingestellt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, nachdem die politische Verarmung und Unklarheit zur Tatsache geworden war, die Auflösung des Landtages und Neuwahlen gefordert, damit den Volksmassen erneut Gelegenheit geboten ist, durch Stimmabgabe ihrem Willen Ausdruck zu geben. Wir glauben, daß Wirtschaftskrisis und zunehmende politische Reaktion zur Aufrüttelung und Aufklärung der Arbeiterklasse beigetragen haben. Der Antrag unserer Partei ist abgelehnt worden. Aber der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar und ungesund. Eine klare Entscheidung muß fallen. In diesem Sinne wird unsere Forderung im Landtag, dessen nächster Zusammentritt noch nicht festgesetzt ist, tätig sein.

## Beginnende Beruhigung in Oberschlesien

Deutsch, 28. August.

Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften lassen folgenden Aufruf:

Nachdem die Polen getrennt durch Aufrufe und Versammlungen zur Ruhe gebracht, zur Waffenabgabe angefordert, die Übernahme der Arbeit, Zurückziehung der Polzen, Unterlassung der Hausdurchsuchungen und Durchsuchung der Straßenbahnen durch ihre Leute gefordert haben, erziehen wir die deutsche Bevölkerung, bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeit gegen die Polen und Wiedervergeltung oder Rache zu enthalten. General Persch hat zugesagt, daß jedem, der die Befehle übertreten hat, die volle Schwere des Gesetzes treffen wird. Wir erwarten, daß die Bevölkerung der Aufforderung ihrer Führer Folge leisten wird.

Die deutsche Verständigungsnote an Korsant, die wir in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilten, ist von beiden Seiten mit unwesentlichen Änderungen angenommen worden. Sie unterliegt nun noch der interalliierten Kommission und der Mediationskommission zur Entscheidung. Man darf hoffen, daß nun endlich in Oberschlesien Ruhe eintritt und den nationalen Wählern der Boden entzogen wird.

## Romain Rolland an die Lehrer

Romain Rolland, der große französische Dichter und Denker, hat an den Kongreß der Lehrer folgenden Brief geschrieben, den wir etwas gekürzt in Uebersetzung nach dem „Populaire“ vom 19. August bringen.

Liebe Kameraden, ich bedaure sehr, daß ich Eurem Kongreß nicht beiwohnen kann; mit dem Herzen bin ich aber bei Euch. Wir sind in dem gleichen Gedanken der Verurteilung des bestehenden Unterrichtslehrens vereint. Die Vankertotterklärung, die Ihr über dieses System und die bürgerlichen Klassen, die es eingerichtet haben, ausgesprochen habt, ist leider nicht ganz gerechtfertigt; nur zu gut hat es gewirkt. Ihm verdankt man die allgemeine Mentalität Europas von heute, dieses ungesunde Ideal nationalstaatlichen Hochmuts, von Müttern und gegenwärtigem Reid zwischen den Köpfen, diesen Egoismus, der im Unglück des Nachbarn sein Gutes sucht, diese krankhafte Uebertreibung des Todes und des Schmerzes für ein barbarisches Vaterland. Die Einwirkung eines betriebligen Unterrichts auf das Denken der Welt ist so stark gewesen, daß selbst die Freiesten unter uns sich nur langsam davon befreien konnten, allen ist es nicht gelungen. Erinnern wir uns des Umfalls der meisten während des Krieges, der Unentschlossenheiten und Widersprüche der anderen, die sich gegen die klare Vernunft bemühten, das Unvereinbare zu einem; die Liebe zur Menschheit und den Kult dieser kriegerischen Vaterländer, deren blutige Koalitionen die Menschheit zerrissen.

Jeder von uns muß kein Gewissen prüfen. Ich sage frei: Trotz meines dauernden Fleißes, mich von Vorurteilen frei zu machen, ist der Schleier nur allmählich zerrissen und erst nach und nach habe ich die Riesensumme von Irrtümern, von Lügen und Parteilichkeit erkannt, die diese Erziehungsart in uns aufgeschichtet hat. Alles muß revidiert werden, die Geschichte, die Moral und die Bürgerkunde. Besonders die Geschichte, denn was ist Geschichte? Die Geschichte der Sieger, einer Nation, einer Klasse, eines Volkstammes, das alles, was nicht ihren Interessen oder ihrer Eitelkeit dient, herabsetzt oder leugnet.

Man hat mir munter vorgeworfen, Lobredner der Besiegten zu sein. — Nein! aber ihr Verteidiger gegen die ungerechte Kraft! Die jetzige Weltanschauung Europas und Amerikas stellt den Sieg nur eines Bruchstücks der Kräfte der Welt dar; es ist falsch, zu behaupten, daß die materielle Ueberlegenheit dieses Bruchstücks notwendigerweise ein Zeichen seiner überlegenden sonstigen Ueberlegenheit ist. Der einzige wirkliche und fruchtbare Sieg wäre die Vereinigung und die Zusammenarbeit der gesamten Kräfte der Welt. Ueberall muß ein freier und weiter Unterricht am Zusammenschluß mitarbeiten — am Zusammenschluß der jenseitigen und oft genug entgegengesetzten Kräfte, am Zusammenschluß der Völker und der

Die interalliierte Regierungskommission in Oberschlesien verhält sich gegen die Unterstellung, nach der sie die Bewaffnung eines Teiles der Bevölkerung gebilligt habe. Sie fordert nochmals alle Bürger ohne Rassenunterschied mit Ausnahme der Polizei auf, die Waffen sofort an die Herren Kreisfunktoren abzugeben.

Die nationalistische Ausschreitungen in Breslau machen sich bereits durch ihre Folgen fühlbar. Die „Vossische Zeitung“ meldet über die Unterredung des deutschen Botschafters Dr. Rosenberg mit dem französischen Botschafter Laurent folgendes: Nachdem Rosenberg sein Bedauern über die Ausschreitungen in Breslau und die Entschuldigung der deutschen Regierung ausgesprochen hatte, erklärte der Botschafter, daß er sich genötigt gesehen habe, infolge der Ueberfälle auf das französische Konsulat das Breslauer Konsulat zunächst schließen zu lassen. Die Schließung werde solange aufrechterhalten bleiben, bis von deutscher Seite Genugtuung gegeben worden sei. Worin diese Genugtuung bestehen soll, darüber hat sich Laurent nicht weiter geäußert und nur mitgeteilt, daß er nach Paris telegraphisch berichtet hat, und daß er Instruktionen vom Quai d'Orsay abwartet.

Durch die Schließung des Konsulats können Schlesier, die nach Oberschlesien fahren wollen, kein Visum erhalten.

Die deutschen Nationalisten werden wieder Ach und Weh schreien, wenn die französische Regierung Genugtuungen verlangt, die Deutschland empfindlich treffen. Erst gehen sie, dann greifen sie über die Schläge, die ihnen verabfolgt werden. Eine feine Gesellschaft.

## Der auswärtige Ausschuß

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages ist auf Mittwoch, den 1. September 1920, nachmittags 5 Uhr, einberufen.

## Die Krone der Reaktion

Vom Republikanischen Führerbund wird uns mitgeteilt:

Wir berichteten am 26. d. M. über das Auftreten des Kompanieführers der 1. W.G.R. N.N. 5. Potsdam, von Gravenstein und hatten erwartet, daß derselbe wegen seines gegen die Republik verhetzenden Verhaltens zur Wehrhaft gezogen wird. Das ist bis heute nicht geschehen, dagegen ist der Freiwillige Leutnant, der sein Recht als Republikaner zu verteidigen suchte, heute ohne jede Kündigungserklärung entlassen worden. In dem Befehl, der die Entlassung ausspricht, wird gesagt: Leutnant ist wegen grober Pflichtverletzung und weil er die Offiziere des Regiments als reaktionäre Gesellen bezeichnet hat, sofort zu entlassen. Leutnant hat die Offiziere des Regiments nicht als reaktionäre Gesellen bezeichnet, er hat den Fall nur zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht.

Die Entlassung ist sofort ausgeführt worden, und zwar auf folgende Art: Ohne Gehäusen und ohne Papiere ist Leutnant durch den Unteroffizier vom Dienst zur Kaserne hinausgeführt worden und darf die Kaserne nicht mehr betreten. Er liegt also ohne jede Mittel auf der Straße.

Ein zweiter Fall spielte sich ebenfalls in Potsdam am 17. d. M. ab. Beim leichten Artillerie-Regiment 3 war ein Angehöriger vom Gericht zu sieben Wochen mittleren Arrestes verurteilt worden, weil er „durch seine Gefühlsregung in die Truppe gebracht hat“ — auch dieser Mann ist Angehöriger des Republikanischen Führerbundes. — Eine Entlassung wurde vom Gericht nicht ausgesprochen.

Nach Verbüßung der Strafe wurde dieser Angehörige ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auf die Straße gesetzt. Dieser Mann wohnt im besetzten Gebiet, kann nicht zurück und hat jetzt keine Unterkunft.

Nach einem Befehl dürfen Entlassungen von Heeresangehörigen, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet haben, nur dann erfolgen, wenn durch den entlassenden Truppenteil die Einreisserlaubnis eingeholt ist.

Der Soldat der Reichswehr ist durch das Gesetz völlig rechtslos gemacht — er darf nicht wählen, darf nur mit Erlaubnis seiner Vorgesetzten einer Vereinigung angehören, muß sich aber gefallen lassen, daß er von seinen Vorgesetzten dem Verhungern preisgegeben wird.

Der Republikanische Führerbund nimmt Abstand davon, diese Fälle dem Herrn Reichswehrminister zu unterbreiten, da eine Erledigung und eine Beantwortung derartiger Eingaben anscheinend aus Prinzip von Seiten des Reichswehrministeriums nicht vorgenommen wird. Die Öffentlichkeit soll aber wissen, wie es dem republikanisch gekanteten Soldaten geht, wenn er sich nicht vor der Krone der Reaktion beugt.

Dieser Darstellung des Republikanischen Führerbundes ist kaum etwas beizufügen. Sie spricht für sich selbst. Es ist aber ein Standa ohne Gleichen, daß das Reichswehrministerium sich allen Beschwerden gemüßigter Leute gegenüber laub flücht. Der

„demokratische“ Reichswehrminister Geßler scheint von seinen großen Vorgänger die Antipathie gegen republikanische Offiziere und Soldaten übernommen zu haben. Es wird Zeit, daß er auf den Weg Kosses geht und mit ihm möglichst die ganze Reichswehr verschwindet.

## Eine bürgerliche Arbeiterpartei?

Interessante Strömungen machen sich in der nichtsozialistischen Arbeitererschaft Deutschlands bemerkbar. Die „Germania“ sieht sich genötigt, sich sehr ernsthaft mit dem Gedanken der Gründung einer christlich-demokratischen Arbeiterpartei zu beschäftigen. Die Strömung im christlichen Arbeiterlager ist bereits stark genug, um dem Zentralblatt Sorge zu machen. Sie ist das Merkmal dafür, daß die Arbeitererschaft überall zu der Einsicht kommt, daß es nötig ist, eine von den Einflüssen der bestehenden Gesellschaftsklassen völlig unabhängige politische Arbeitervertretung zu schaffen. Das Blatt schreibt dazu:

Die Gründe, aus denen solche Pläne erwachsen sind, liegen auf der Hand. Es ist die Unzufriedenheit mit den politischen Parteien, in deren Politik ein Teil der Arbeitererschaft, die außerhalb der Sozialdemokratie steht, die gebührende Vertretung ihrer wirtschaftlichen und idealen Interessen vermisst. Wie weit diese Unzufriedenheit berechtigt ist, soll heute nicht untersucht werden. Mit der Tatsache dieser Unzufriedenheit müssen wir rechnen und daraus unsere Folgerungen ziehen. Deren wichtigste scheint uns zunächst die zu sein, in die Arbeitererschaft die Erkenntnis zu tragen, daß der Weg der Gründung einer neuen Partei ungangbar ist.

Das Berliner Tageblatt, das sich mit diesem Artikel der „Germania“ beschäftigt, erklärt dazu, daß die Strömungen, von denen die „Germania“ spricht, auch in denjenigen Teilen der Arbeitererschaft bestehen, die sich zur Demokratischen Partei bekennen.

Kommt es zur Gründung einer christlich-demokratischen Arbeiterpartei nach diesen Absichten, so zweifeln wir nicht daran, daß die Arbeiter über diese selbständige Arbeiterpartei hinweg sehr schnell den Weg zur sozialistischen Politik finden.

## Fort mit den Einwohnerwehren!

Bekanntlich sträubt man sich in Bayern hartnäckig, die Einwohnerwehren aufzulösen. Die bayrische Reaktion, die Regierung an der Spitze, hat sich nun einmal in den Kopf gesetzt, Deutschland vom Volksweltismus zu erlösen. In Wirklichkeit wird die Rückkehr zum alten Regime, die Wiederinstaurierung der Wittelsbacher erstrbt. Die Rechnung ist freilich abzuwerfen, die bayrische Arbeitererschaft gemacht. So hat jetzt der in der Mehrheit aus Rechtssozialisten und Unabhängigen bestehenden Stadtrat in Nürnberg folgende Resolution gefaßt:

Die Einwohnerwehren können nach den Vorgängen der letzten Monate nicht als Organisationen für den lokalen Schutz und die Aufrechterhaltung der Ordnung angesehen werden. Es handelt sich um eine zentrale Organisation, die vielerorts von reaktionären Elementen zu ganz anderen Zwecken und Absichten als den ursprünglichen lokalen Zwecken benutzt werden wird.

Der Stadtrat Nürnberg fordert deshalb von der Staatsregierung die sofortige Entlassung der Einwohnerwehren in Nürnberg. Bei Nichterfüllung dieser Forderung wird der Stadtrat in Nürnberg die Bildung einer Ortswehr auf der Grundlage der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung vornehmen.

Das ist das einzig richtige Vorgehen gegen die reaktionäre Stippstaffel, die momentan in Jar-Mitten regiert.

Transportarbeiterstreik in Stettin. Die im Warenverkehr in der Spedition, im Kolliergewerbe, auf den Kohlenhöfen usw. beschäftigten Transportarbeiter, mehrere tausend an der Zahl, sind wegen Lohnbilligerungen in den Zustand getreten.

Gesamtdemission des belgischen Kabinetts. Das Kabinett beschloß am Freitag nach Rückkehr des Königs aus Braxillen, die seit Ende Oktober vorgezogen ist, seine Gesamtdemission einzureichen. Dadurch ist die innere Krise in Belgien akut geworden; denn nunmehr wird der Parteikampf in voller Stärke Monate hindurch geführt werden.

Nordische Ministerzusammenkunft in Kopenhagen. Sonnabend beginnt in Kopenhagen eine nordische Ministerzusammenkunft, in der die Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Amtes der drei skandinavischen Reiche teilnehmen. Die Verhandlungen werden bis Montag dauern.

Das Wahlrecht in Amerika. Die Ratifizierung der 19. Abänderung der Verfassung der Vereinigten Staaten, durch die den Frauen das Wahlrecht zuerkannt wird, ist heute vom Staatssekretär Colby amtlich bekanntgegeben worden.

Präsidentenwahl in Guatemala. Nach einer Havasmeldung aus Guatemala sind die Präsidentenwahlen in aller Ruhe verlaufen. Carlos Perera ist mit großer Majorität gewählt worden.

verschiedenen Gedanken. Als eine der hauptsächlichsten Konsequenzen dieses Prinzips ergibt sich die Notwendigkeit der Gründung einer internationalen Schule, wo der Zusammenschluß der verschiedenen menschlichen Strömungen, der verschiedenen Fähigkeiten stattfindet, und wo der Handarbeiter und der Intellektuelle vor jeder Spezialausbildung eine allgemeine theoretische und praktische Ausbildung erhält, die ihn „allmenschlich“ nennen möchte. Man muß studieren, wie es den russischen Intellektuellen zwischen 1907 und 1914 gelungen ist, das russische Volk unter der unterdrücktesten Staatsform zu bilden und wie sie, trotz einer tyrannischen Zensur, die kühnsten Gedanken in weiteste Kreise des Volkes bringen konnten. Denn es ist ein großer Irrtum, Ausland als das ungeliebteste Land von Europa zu betrachten und nicht den Umformungen Rechnung zu tragen, die in diesen 15 Jahren stattgefunden haben.

Zweifellos glaube ich, daß es wohl zweckmäßig wäre, wenn von den verschiedenen Gruppen der Intellektuellen Sammlungen kleiner engsykopidischer Erziehungsprobleme ins Leben gerufen würden, die die politische und soziale Geschichte, die Literaturgeschichte, den wissenschaftlichen Gedanken enthielten, gereinigt von solchen Traditionen, von Irrtümern und Vorurteilen.

Alles in allem besteht die Aufgabe der modernen Erzieher darin, die Vorurteile zu zerstören, die die Menschen trennen. Bewaffnen wir uns zu diesem Kampf mit den Pfeilen aller freien Denker Frankreichs: Montaigne, Kabeats und die Engsykopidisten, und geben wir gleichzeitig den Kindern die Kenntnis und die Liebe ihrem wahren Vaterland, das nicht zwischen engen Grenzen eingeschlossen ist, sondern die ganze Welt umfaßt. Wir wollen die Kinder mit ihren ausländischen Brüdern bekannt machen und sie mit einem Reiz von kleinen Veröffentlichungen, Bulletin, regelmäßigen internationalen Korrespondenzen, von Uebersetzungen, Reisebüchern und gegenseitigen Konferenzen und Studientreffen verbinden.

Endlich wollen wir die persönliche Entschlußkraft entwickeln, die Begeisterung und Hoffnung haben. Wir wollen die kommenden Generationen zu der großen Erneuerung, die nicht ohne Kampf abgehen wird, vorbereiten.

Die Menschheit kann alles. Die erstaunliche Entwicklung der Wissenschaften seit einem Jahrhundert, dieser wunderbare Triumphzug des menschlichen Geistes bietet unbegrenzte Ausblicke. Und diesen Augenblick wählen die Völker Europas, um sich erneut in den Abgrund der nationalen Leidenschaften, der patriotischen Kriege — der Bestialität zurückzuführen.

Auf! Erwachen wir alle Kräfte! Die großen Bourgeoisien Frankreichs und Englands, die in ihrer kraftvollen Reife die Revolution der letzten Jahrhunderte voll-

führt haben und die auf den Ruinen der zerstörten Königtümer ihre Herrschaft angekreuzt haben, wollen der Menschheit vorfehlen: „Du darfst nicht weitergehen!“

Du wirst immer weitergehen, nichts wird dich aufhalten, Menschheit, das ist dein Gesetz. Das Gesetz des unbegrenzten Geistes, dieses Hauches aus der Ewigkeit, das allein Wahre und Allzeit Göttliche in uns, solange Menschen leben werden, versuchen wird, durch den Verstand und die Liebe mehr und mehr die tiefe Nacht zu erleuchten.

Kultur 1920. Unter dieser Ueberschrift schreibt uns ein Leser und Theaterbesucher:

In der Volkshalle besichtigt zur Zeit die Sommerdirektion die Berliner mit Lehars Operette „Eigenes Leben“. Das anspruchsvolle Publikum ruff nach Jubel abendlich. Besonders im 2. Aufzuge findet der Vollstimmchor bei offener Szene kaum ein Ende. Und warum? Weil zwei Kinderchen, Tude und Mädelchen von höchstens 4 Jahren, im Kinderwagen zur Erhöhung der Tanzwirkungen der Elternpaardarsteller sich abblühen müssen und weil schließlich ein kleines Kerlchen auf die Bühne tritt, der kaum die Füßchen zeigen kann und unbeholfen Kuhhändchen ins Ballett wirft. Einen einzigen Jünger hörte ich aus der befallschredigen Menge, unter der doch über eine große Anzahl Proletarier-Eltern waren! Ob denn wirklich keinem weiter das Bekämende dieser Kinderdesur-Szene in einem Danke ausgebümmert ist, das die Inschrift trägt: Die Kunst dem Volke!

Fritz R. Schulz. Wir hoben bereits nach der Erkaufung diese Operettenveranstaltung abgelehnt, die mit der Volkshalle als Organisation nichts zu tun hat und nur ein privates Geschäft ist. Velder haben wir mit dieser Kritik in der Berliner Presse ziemlich allein, die das fischige Wert über den Schellenhaus lobte. Es ist aber die oben wiedergegebene Stimme nicht die einzige, die uns aus Arbeiterkreisen zugegangen ist und sich gegen den künstlerischen Mißbrauch richtet.

Die Kunst geht nach Brot. Der dänische Schriftsteller Professor Kari Larsen hat durch einen Vortrag in der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ unter dem Motto „Dänische Dichtertische“ eine Sammlung für diejenigen deutschen und dänischen Dichter eingeleitet, die durch die Hungerknoten besonders schwer gesundheitlich geschädigt worden sind. Die Sammlung Prof. Larsens hat vorläufig gegen sechs-hundert Kronen ergeben. Weitere Sammlungen bezwecken, einzelnen besonders bedürftigen deutschen und dänischen Dichtern ein halbes Jahr lang regelmäßige Lebensmittelsendungen zukommen zu lassen.

Eine Vertretung der Schwedischen Musikerschaft, unter Führung des Präsidenten des Schwedischen Musikerverbundes und der Koor-

# Aufruf zur Geseflofigkeit

In der Provinzpreffe der Mark Brandenburg, u. a. in dem in Neuruppin erscheinenden amtlichen „Neuruppiner Tageblatt“ erscheint ein Aufruf an die „Männer der Mark und der bedrohten Ostmark“. Das Manifest ist ein Sammelruf der Reaktion, repräsentiert durch das Agrarier-tum der Mark. Er trägt die Unterschriften zahlreicher Vertreter dieser Sippschaft, darunter Graf Eulenburg aus Liebenberg, von den „Berühmtesten“ vorweg zu nennen, von Brandis, Rheinsberg und von Brochhausen, Langen.

Der Aufruf beginnt mit den üblichen Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung. Von fremdländischen Elementen verhegte Massen bedrohlich kündig die innere Ruhe und Ordnung. „Kraut, Nord, Handveränderung, Unsicherheit in den Ortschaften und in den Straßen machen das Leben unerträglich.“

Nachdem so in den Gemütern der harmlosen Land- und Klein-händlerbevölkerung das Gerücht geweckt worden und ihre Seelen für das übrige vorbereitet sind, folgt eine grauliche Schilderung der Lage Deutschlands, die aus dem Kriege im Osten entstehen kann. Es folgt ferner der „rauschsüchtige Feind“ im Westen, der mit Wucht dem restlosen Untergang unseres Vaterlandes entgegen-geht.

Am Deutschland vor diesem Untergang zu schützen, habe man sich seit Monaten in ganz Deutschland mit großem Erfolge zu einem Selbstschutz organisiert. „Und zwar mit Wissen und geübter Stille der Regierung.“ Nun aber trete die preussische Regierung dieser erfolgreichen Tätigkeit entgegen und mache das Volk wieder schutz- und hilflos gegen die angeblich Wurz- und Raublust des großstädtischen Proletariats.

Es folgen Kraftworte, die das Volk auffordern, sich durch die verfassungsmäßige Regierung nicht stören und die frisch herbeilobende „Krautquelle“ der Reaktion nicht verschütten zu lassen. Den Schluß bildet lobend das folgende heroische Bekenntnis:

„Uns schadet kein Zuchthaus, keine Todesstrafe, denn auf unserer Seite ist das göttliche Recht und — Gottseidant — die Macht. Denn bleibt der Selbstschutz bestehen, solange wir es für nötig halten!“

Das ist die offene Aufforderung zum Widerstand gegen die Regierung, zur Vorbereitung des bewaffneten Bürgerkrieges, zur Organisation putschmüßiger Umtriebe, zur Mobilisation aller reaktionären Kräfte. Was die preussische Regierung hierzu zu sagen und dagegen zu tun beabsichtigt, können wir ihr einstweilen überlassen.

Das Proletariat wird so wenig wie wir von diesen Dingen überrascht sein. Es kennt seinen gefährlichsten Feind, kennt seinen Wächter und seine Mittel und ist — Gottseidant! — sich seines „göttlichen Rechts“ und seiner eigenen Macht bewußt. Es ist bereit, im gegebenen Augenblick alles daran zu setzen, um diese Reaktion niederzukämpfen. Dazu bedarf es kaum einer Auf-munterung.

Aber dieser Aufruf ist nicht nur um deswillen interessant, weil er das offene Bekenntnis der Reaktion zum bewaffneten Bürgerkrieg darstellt, sondern weil er durch den Hinweis auf den „rauschsüchtigen Feind“ im Westen erkennen gibt, daß der Selbstschutz nicht als eine gegen den Friedensverrat und gegen das Abbruchverkommen von Spaa verübende Bewaffnung, sondern als eine gegen die Reaktion und gegen die Verleumdungen der Arbeiterbewegung und gegen das Entwaffnungsgeheiß, sondern sie sind geeignet, die Werkzeuge außerpolitischen Komplottierens herbeizuführen. Somit ist die Sache eine Angelegenheit der Reichsregierung, nicht der gesamten Reichsregierung, nicht nur ihres höchst bedauerlichen Entwaffnungskommissars Dr. Peters. Gelinde ist ihr nicht, bringt sie nicht den Willen auf, diese Sippschaft ein für alle Mal zur Achtung vor dem Gesetz und vor den Lebensinteressen des Volkes zu zwingen, so soll sie es sich in Zukunft schenken, Zeter zu schreien, wenn die Wehrmacht mit starken Repressalien die Verletzung des Friedensvertrages zu erzwingen suchen.

# Der Betriebsrätekongreß

Das „Berliner Tageblatt“ faßt sich heraus, der Arbeiterschaft zu sagen, wie sie einen Betriebsrätekongreß zu organisieren hat. Die beabsichtigte Zusammenkunft aus Delegierten, die mindestens ein Jahr einer freien Gewerkschaft angehören müssen, sei einseitig, und was so „gottlos“, sei ein Kumpfschicksal. Um seine Auffassung zu stützen, beruft sich das Blatt auf den letzten von uns veröffentlichten Aufruf unseres Zentralkomitees zur Beteiligung an den Wahlen zum Kongreß, um daraus zu folgern, daß auch die christlichen und die Reichs-Darstellenden sowie die unorganisierten Betriebsräte ihre Teilnahme an dem Kongreß durchziehen müßten, wenn die Unabhängigen in dieser Weise ihre Rechte geltend machen.

Das Tageblatt, in dessen Redaktion man über die Zusammenkunft der großen Arbeiterorganisationen sicher unterrichtet ist, lehnt hier mit Absicht. Die Mitglieder unserer Partei, an die sich unser Aufruf wendet, sind sämtlich Mitglieder einer freien Gewerkschaft und als solche selbstverständlich ohne weiteres zur Teil-

nahme am Kongreß berechtigt. Wenn man sich im „Berliner Tageblatt“ die nicht sehr erhebliche Mühe machen wollte, den Aufruf noch einmal zu lesen, dann wird man bei einem beherrschenden Aufwand von Aufmerksamkeit und Auffassungsvor-mögen finden, daß dieser Aufruf einen ganz anderen Sinn hat. Auf keinen Fall kann er als Begründung für die Auffassung herangezogen werden, daß Angehörige von Organisationen, die den freien Gewerkschaften feindselig gegenüberstehen, ein Recht auf Beteiligung am Kongreß haben könnten.

Der A. D. G. B. und die Na. die Einberufer des Kongresses, umfassen mit ihren nahezu zehn Millionen Mitgliedern die ungeheure Mehrzahl der organisierten Arbeiter und Angehörigen Deutschlands. Es ist daher lächerlich, den von ihnen einberufenen Kongreß als Kumpfschicksal zu bezeichnen. Hält das „Berliner Tageblatt“ die nach seiner Auffassung an dem Kumpfschicksal festhalten und Grünen etwa für den Kopf der deutschen Arbeiterbewegung?

Das Reichsministerium des Innern hatte die Vertreter der Gewerkschaften um 27. d. Mts. zu einer Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen geladen. In dieser Besprechung fanden die Vertreter der gewerkschaftlichen Großorganisationen, die Beamte organisieren, nämlich des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auch Vertreter von Beamtenvereinen zugelassen, die sie nicht als Wortführer der Beamten-schaft anzuerkennen gewillt sind, weil sie den auf eine Bekämpfung der gewerkschaftlichen Entwicklung der Beamten-organisationen gerichteten Bestrebungen Vorwand leisten.

In klarer Erkenntnis der außerordentlichen Gefahren, die der Beamtenstand durch die Fortentwicklung solcher Strömungen drohen, lehnten es die Vertreter der drei genannten gewerkschaftlichen Großorganisationen ab, in Gegenwart jener Gegner ihrer gewerkschaftlichen Politik zu verhandeln. Da der Verhandlungs-leiter, Staatssekretär Lewald, jede Berücksichtigung dieser Erklärung unter schärfster Betonung des Herrenstandpunktes schroff ablehnte, verließen die Vertreter der Gewerkschaften den Verhandlungsraum, nachdem sie noch durch eine kurze Erklärung festge-setzt hatten, daß auch ein materielles Verhandeln nicht mög-lich gewesen wäre, weil das Reichsministerium des Innern das Material zur Verhandlung einem Teil der Großorganisationen erst so spät mitgeteilt hatte, daß eine Verständigung der Ge-werkschaften untereinander unmöglich gewesen war. Eine solche Verständigung erschien aber unbedingt geboten, weil der zur Beratung gestellte Ent-wurf eine Reihe der wesentlichsten Forderungen der Gewerkschaften unbeachtet gelassen hatte. Vor allem verlangte er den Beamten das tatsächliche Mitbestimmungsrecht, daß sie in erster Linie fordern müssen, und seine Sicherung durch paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse.

Zu ihrer Stellungnahme hatten die Großorganisationen um so mehr Veranlassung, als der Verhandlungsleiter es von vorn-herin auf das Bestmögliche ablehnte, über diese Grund-fragen, sowie über Abänderungsvorschläge der bairischen Regie-rung in wirkliche Verhandlungen mit den beteiligten Gemein-schaften einzutreten. Seine deutlich ausgesprochene Absicht war es, lediglich in einer unverbindlichen Ansprache die Grund-lage des Reichsministeriums des Innern vor den Gemein-schaftsvertretern zu entwickeln — ohne jenes Einverständnis an-zustreben, das seit der Revolution für jede gesetzliche Regelung von Rechtsverhältnissen der Arbeitnehmer bewährte Regierun-gspraxis gebildet hat. Die Verhandlung wäre durch dieses Ver-fahren des Reichsministeriums des Innern zu einer Schein-beratung herabgewürdigt worden, an der teilzunehmen, den gewerkschaftlichen Großorganisationen unwürdig erschien.

Für den Konflikt, der aus diesem brüskierten Vorgehen des Reichsministeriums des Innern entstanden ist, muß diesem Mini-sterium die alleinige Verantwortung zugeschoben werden. Die gewerkschaftlichen Großorganisationen sind jedenfalls nicht gewillt, sich durch eine so hohe reaktionäre Politik in dieser wichtigen Frage ausschalten zu lassen.

Die eigenartige Mischung von sozialdemokratischen Volksbeauf-tragten, Geschäftsmachern, Abenteurern und taffertreuen Mördern, die in Deutschland den Aufmarsch der Gegenrevolution inszenieren, stört noch immer unangenehm reichende Gesichtsbilder aus. Einer dieser Revolutionsabenteurer, der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz, war gestern angeklagt, einen angeb-lichen Mordbefehl gegen Liebknecht und Luxemburg, der mit Scheidemann und Georg Elzard unterschrieben ist, gefälscht und verbreitet zu haben. In der Verhandlung erklärte er, das Schrift-stück, das durch einen ungetreuen Boten in die Hände des Herrn G. Elzard geraten sei, wäre die Abschrift des Originalbefehles, den er im Dezember 1918 in den Händen des v. Tschas gesehen hat. Das Original wäre ihm vom Hülaren Jalle, der mit Tschas zu-sammen Liebknecht verhaften wollte, einmal für 100 M. und später für 300 M. angekauft worden. Er, Prinz, behauptet nicht, daß der Befehl echt sei, er könne gefälscht sein, um Soldaten zum Mord zu verleiten.

In der Verhandlung zeigte sich ein so pervertes Verhältnis von Geschäftsmachern, die in der Revolution eine Rolle spielen und Abenteurern, die mit ihrem Revolutionsmaterial Geschäft machen wollen, daß wir nur die Ergebnisse festhalten wollen, die poli-tisches Interesse haben. Es ist Tatsache, daß Karl Liebknecht in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember verhaftet wurde und das Volkstribunal telepho-nisch um Hilfe anrufen hat; wobei er gefragt haben soll: „Ich bin mit Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ in der Mördern-strasse verhaftet, und wie sollen erschossen werden.“ Hasso von Tschas, der die Verhaftung durchführte, gibt an, den Befehl zur Verhaftung vom damaligen Kommandanten des 2. Garde-Regiments zu empfangen zu haben. Daß es der Befehl gewesen sei, der den Gegenstand der Anklage bildet, bestritt er. Doch erklärt er bestimmt, verschiedene schriftliche Mordbefehle er-halten zu haben und noch zu besitzen. Auch solche die die Unterschrift Scheidemann tragen. Er erklärt sich bereit, diese Befehle herbeizuschaffen, wenn er unter Be-deckung zu seiner Wohnung geführt wird. Die Mordbefehle Willy von Hauptmann Marx und von der Mör-derzentrale (die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais) erhalten haben.

Zur Einvernahme des Hauptmann Marx und anderer Zeugen wurde die Verhandlung verlagert.

Der Fallbehl gegen den Angeklagten Prinz wurde auf-gehoben, da ein Verdacht der Urkundensälfung nicht mehr vorliegt. Wichtigkeit noch als die Vernehmung weiterer Zeugen wäre un-zweifelhaft die Befolgung des Angebots von Tschas gewesen, das vom Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch unterzucht wurde. Aus diese Weise hätte man auch gleich die Mög-lichkeit gehabt, Tschas Glaubwürdigkeit zu prüfen. Es erscheint uns auch nicht notwendig, die Verhandlung auf eine so lange Zeit auszudehnen, bis Gras über diese Geschehnisse gewachsen ist.

# Das Gesetz über die Beamtenräte

## Konflikt zwischen der Beamtenschaft und dem Reichsministerium des Innern

Das Reichsministerium des Innern hatte die Vertreter der Gewerkschaften um 27. d. Mts. zu einer Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen geladen. In dieser Besprechung fanden die Vertreter der gewerkschaftlichen Großorganisationen, die Beamte organisieren, nämlich des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auch Vertreter von Beamtenvereinen zugelassen, die sie nicht als Wortführer der Beamten-schaft anzuerkennen gewillt sind, weil sie den auf eine Bekämpfung der gewerkschaftlichen Entwicklung der Beamten-organisationen gerichteten Bestrebungen Vorwand leisten.

In klarer Erkenntnis der außerordentlichen Gefahren, die der Beamtenstand durch die Fortentwicklung solcher Strömungen drohen, lehnten es die Vertreter der drei genannten gewerkschaftlichen Großorganisationen ab, in Gegenwart jener Gegner ihrer gewerkschaftlichen Politik zu verhandeln. Da der Verhandlungs-leiter, Staatssekretär Lewald, jede Berücksichtigung dieser Erklärung unter schärfster Betonung des Herrenstandpunktes schroff ablehnte, verließen die Vertreter der Gewerkschaften den Verhandlungsraum, nachdem sie noch durch eine kurze Erklärung festge-setzt hatten, daß auch ein materielles Verhandeln nicht mög-lich gewesen wäre, weil das Reichsministerium des Innern das Material zur Verhandlung einem Teil der Großorganisationen erst so spät mitgeteilt hatte, daß eine Verständigung der Ge-werkschaften untereinander unmöglich gewesen war. Eine solche Verständigung erschien aber unbedingt geboten, weil der zur Beratung gestellte Ent-wurf eine Reihe der wesentlichsten Forderungen der Gewerkschaften unbeachtet gelassen hatte. Vor allem verlangte er den Beamten das tatsächliche Mitbestimmungsrecht, daß sie in erster Linie fordern müssen, und seine Sicherung durch paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse.

Zu ihrer Stellungnahme hatten die Großorganisationen um so mehr Veranlassung, als der Verhandlungsleiter es von vorn-herin auf das Bestmögliche ablehnte, über diese Grund-fragen, sowie über Abänderungsvorschläge der bairischen Regie-rung in wirkliche Verhandlungen mit den beteiligten Gemein-schaften einzutreten. Seine deutlich ausgesprochene Absicht war es, lediglich in einer unverbindlichen Ansprache die Grund-lage des Reichsministeriums des Innern vor den Gemein-schaftsvertretern zu entwickeln — ohne jenes Einverständnis an-zustreben, das seit der Revolution für jede gesetzliche Regelung von Rechtsverhältnissen der Arbeitnehmer bewährte Regierun-gspraxis gebildet hat. Die Verhandlung wäre durch dieses Ver-fahren des Reichsministeriums des Innern zu einer Schein-beratung herabgewürdigt worden, an der teilzunehmen, den gewerkschaftlichen Großorganisationen unwürdig erschien.

Für den Konflikt, der aus diesem brüskierten Vorgehen des Reichsministeriums des Innern entstanden ist, muß diesem Mini-sterium die alleinige Verantwortung zugeschoben werden. Die gewerkschaftlichen Großorganisationen sind jedenfalls nicht gewillt, sich durch eine so hohe reaktionäre Politik in dieser wichtigen Frage ausschalten zu lassen.

Die eigenartige Mischung von sozialdemokratischen Volksbeauf-tragten, Geschäftsmachern, Abenteurern und taffertreuen Mördern, die in Deutschland den Aufmarsch der Gegenrevolution inszenieren, stört noch immer unangenehm reichende Gesichtsbilder aus. Einer dieser Revolutionsabenteurer, der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz, war gestern angeklagt, einen angeb-lichen Mordbefehl gegen Liebknecht und Luxemburg, der mit Scheidemann und Georg Elzard unterschrieben ist, gefälscht und verbreitet zu haben. In der Verhandlung erklärte er, das Schrift-stück, das durch einen ungetreuen Boten in die Hände des Herrn G. Elzard geraten sei, wäre die Abschrift des Originalbefehles, den er im Dezember 1918 in den Händen des v. Tschas gesehen hat. Das Original wäre ihm vom Hülaren Jalle, der mit Tschas zu-sammen Liebknecht verhaften wollte, einmal für 100 M. und später für 300 M. angekauft worden. Er, Prinz, behauptet nicht, daß der Befehl echt sei, er könne gefälscht sein, um Soldaten zum Mord zu verleiten.

In der Verhandlung zeigte sich ein so pervertes Verhältnis von Geschäftsmachern, die in der Revolution eine Rolle spielen und Abenteurern, die mit ihrem Revolutionsmaterial Geschäft machen wollen, daß wir nur die Ergebnisse festhalten wollen, die poli-tisches Interesse haben. Es ist Tatsache, daß Karl Liebknecht in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember verhaftet wurde und das Volkstribunal telepho-nisch um Hilfe anrufen hat; wobei er gefragt haben soll: „Ich bin mit Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ in der Mördern-strasse verhaftet, und wie sollen erschossen werden.“ Hasso von Tschas, der die Verhaftung durchführte, gibt an, den Befehl zur Verhaftung vom damaligen Kommandanten des 2. Garde-Regiments zu empfangen zu haben. Daß es der Befehl gewesen sei, der den Gegenstand der Anklage bildet, bestritt er. Doch erklärt er bestimmt, verschiedene schriftliche Mordbefehle er-halten zu haben und noch zu besitzen. Auch solche die die Unterschrift Scheidemann tragen. Er erklärt sich bereit, diese Befehle herbeizuschaffen, wenn er unter Be-deckung zu seiner Wohnung geführt wird. Die Mordbefehle Willy von Hauptmann Marx und von der Mör-derzentrale (die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais) erhalten haben.

Zur Einvernahme des Hauptmann Marx und anderer Zeugen wurde die Verhandlung verlagert.

Der Fallbehl gegen den Angeklagten Prinz wurde auf-gehoben, da ein Verdacht der Urkundensälfung nicht mehr vorliegt. Wichtigkeit noch als die Vernehmung weiterer Zeugen wäre un-zweifelhaft die Befolgung des Angebots von Tschas gewesen, das vom Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch unterzucht wurde. Aus diese Weise hätte man auch gleich die Mög-lichkeit gehabt, Tschas Glaubwürdigkeit zu prüfen. Es erscheint uns auch nicht notwendig, die Verhandlung auf eine so lange Zeit auszudehnen, bis Gras über diese Geschehnisse gewachsen ist.

# Aus dem Sumpf der Mörderzentrale

Die eigenartige Mischung von sozialdemokratischen Volksbeauf-tragten, Geschäftsmachern, Abenteurern und taffertreuen Mördern, die in Deutschland den Aufmarsch der Gegenrevolution inszenieren, stört noch immer unangenehm reichende Gesichtsbilder aus. Einer dieser Revolutionsabenteurer, der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz, war gestern angeklagt, einen angeb-lichen Mordbefehl gegen Liebknecht und Luxemburg, der mit Scheidemann und Georg Elzard unterschrieben ist, gefälscht und verbreitet zu haben. In der Verhandlung erklärte er, das Schrift-stück, das durch einen ungetreuen Boten in die Hände des Herrn G. Elzard geraten sei, wäre die Abschrift des Originalbefehles, den er im Dezember 1918 in den Händen des v. Tschas gesehen hat. Das Original wäre ihm vom Hülaren Jalle, der mit Tschas zu-sammen Liebknecht verhaften wollte, einmal für 100 M. und später für 300 M. angekauft worden. Er, Prinz, behauptet nicht, daß der Befehl echt sei, er könne gefälscht sein, um Soldaten zum Mord zu verleiten.

In der Verhandlung zeigte sich ein so pervertes Verhältnis von Geschäftsmachern, die in der Revolution eine Rolle spielen und Abenteurern, die mit ihrem Revolutionsmaterial Geschäft machen wollen, daß wir nur die Ergebnisse festhalten wollen, die poli-tisches Interesse haben. Es ist Tatsache, daß Karl Liebknecht in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember verhaftet wurde und das Volkstribunal telepho-nisch um Hilfe anrufen hat; wobei er gefragt haben soll: „Ich bin mit Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ in der Mördern-strasse verhaftet, und wie sollen erschossen werden.“ Hasso von Tschas, der die Verhaftung durchführte, gibt an, den Befehl zur Verhaftung vom damaligen Kommandanten des 2. Garde-Regiments zu empfangen zu haben. Daß es der Befehl gewesen sei, der den Gegenstand der Anklage bildet, bestritt er. Doch erklärt er bestimmt, verschiedene schriftliche Mordbefehle er-halten zu haben und noch zu besitzen. Auch solche die die Unterschrift Scheidemann tragen. Er erklärt sich bereit, diese Befehle herbeizuschaffen, wenn er unter Be-deckung zu seiner Wohnung geführt wird. Die Mordbefehle Willy von Hauptmann Marx und von der Mör-derzentrale (die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais) erhalten haben.

Zur Einvernahme des Hauptmann Marx und anderer Zeugen wurde die Verhandlung verlagert.

Der Fallbehl gegen den Angeklagten Prinz wurde auf-gehoben, da ein Verdacht der Urkundensälfung nicht mehr vorliegt. Wichtigkeit noch als die Vernehmung weiterer Zeugen wäre un-zweifelhaft die Befolgung des Angebots von Tschas gewesen, das vom Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch unterzucht wurde. Aus diese Weise hätte man auch gleich die Mög-lichkeit gehabt, Tschas Glaubwürdigkeit zu prüfen. Es erscheint uns auch nicht notwendig, die Verhandlung auf eine so lange Zeit auszudehnen, bis Gras über diese Geschehnisse gewachsen ist.

Die eigenartige Mischung von sozialdemokratischen Volksbeauf-tragten, Geschäftsmachern, Abenteurern und taffertreuen Mördern, die in Deutschland den Aufmarsch der Gegenrevolution inszenieren, stört noch immer unangenehm reichende Gesichtsbilder aus. Einer dieser Revolutionsabenteurer, der ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz, war gestern angeklagt, einen angeb-lichen Mordbefehl gegen Liebknecht und Luxemburg, der mit Scheidemann und Georg Elzard unterschrieben ist, gefälscht und verbreitet zu haben. In der Verhandlung erklärte er, das Schrift-stück, das durch einen ungetreuen Boten in die Hände des Herrn G. Elzard geraten sei, wäre die Abschrift des Originalbefehles, den er im Dezember 1918 in den Händen des v. Tschas gesehen hat. Das Original wäre ihm vom Hülaren Jalle, der mit Tschas zu-sammen Liebknecht verhaften wollte, einmal für 100 M. und später für 300 M. angekauft worden. Er, Prinz, behauptet nicht, daß der Befehl echt sei, er könne gefälscht sein, um Soldaten zum Mord zu verleiten.

In der Verhandlung zeigte sich ein so pervertes Verhältnis von Geschäftsmachern, die in der Revolution eine Rolle spielen und Abenteurern, die mit ihrem Revolutionsmaterial Geschäft machen wollen, daß wir nur die Ergebnisse festhalten wollen, die poli-tisches Interesse haben. Es ist Tatsache, daß Karl Liebknecht in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember verhaftet wurde und das Volkstribunal telepho-nisch um Hilfe anrufen hat; wobei er gefragt haben soll: „Ich bin mit Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ in der Mördern-strasse verhaftet, und wie sollen erschossen werden.“ Hasso von Tschas, der die Verhaftung durchführte, gibt an, den Befehl zur Verhaftung vom damaligen Kommandanten des 2. Garde-Regiments zu empfangen zu haben. Daß es der Befehl gewesen sei, der den Gegenstand der Anklage bildet, bestritt er. Doch erklärt er bestimmt, verschiedene schriftliche Mordbefehle er-halten zu haben und noch zu besitzen. Auch solche die die Unterschrift Scheidemann tragen. Er erklärt sich bereit, diese Befehle herbeizuschaffen, wenn er unter Be-deckung zu seiner Wohnung geführt wird. Die Mordbefehle Willy von Hauptmann Marx und von der Mör-derzentrale (die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais) erhalten haben.

Zur Einvernahme des Hauptmann Marx und anderer Zeugen wurde die Verhandlung verlagert.

Der Fallbehl gegen den Angeklagten Prinz wurde auf-gehoben, da ein Verdacht der Urkundensälfung nicht mehr vorliegt. Wichtigkeit noch als die Vernehmung weiterer Zeugen wäre un-zweifelhaft die Befolgung des Angebots von Tschas gewesen, das vom Vertreter der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch unterzucht wurde. Aus diese Weise hätte man auch gleich die Mög-lichkeit gehabt, Tschas Glaubwürdigkeit zu prüfen. Es erscheint uns auch nicht notwendig, die Verhandlung auf eine so lange Zeit auszudehnen, bis Gras über diese Geschehnisse gewachsen ist.

# Die Streikabstimmung in England

London, 27. August.  
Die letzten Ergebnisse der Abstimmung der Bergleute bringen weiterhin eine erdrückende Mehrheit für den Streik.

# Internationaler Metallarbeiter-Kongreß

Fünfter Tag.  
Kopenhagen, 24. August.

Nach Eröffnung der Sitzung berichtet Schilde über die Er-gebnisse der Beratungen des Zentralkomitees und schlägt in An-betracht der durch den Krieg geschaffenen Lage die Verlegung des Sitzes des Zentralkomitees nach der Schweiz vor, um von dort aus in geeigneter Weise die Zusammenführung aller Zweige der Internationale zu bewirken. Diese Verlegung sei als eine vorläufige zu betrachten. Dem Sekretär soll nunmehr ein Vorstand zur Seite gestellt werden, dessen Mitglieder vom Kongreß gewählt werden sollen und dessen Zweck die engere Fühlungnahme mit den einzelnen Sektionen, sowie die Vorbereitung des nächsten Kongresses sein soll. Er bittet alle übrigen Fragen, die auf diesem Kongreß nicht erledigt wurden, nur zu diskutieren und dem nächsten Kongreß zur Beschlussfassung vorzubehalten. Von einer weiteren Diskussion über den Punkt „Unsere internationalen Be-ziehungen“ bittet er überhaupt Abstand zu nehmen, nachdem wich-tige Sektionen nicht anwesend seien.

Johansson-Schweden sagt, daß seine skandinavischen Freunde die Verlegung des Bundesitzes nach einem der skandi-navischen Länder vorschlagen.

Brandes-Deutschland beantragt namens seiner Freunde in der deutschen Delegation die Abänderung des zweiten Paragraphen der Vorschläge des Zentralkomitees, welcher besagt, daß die Mit-glieder des Vorstandes auf dem Kongreß gewählt werden sollen, und bittet, den Vorstand wie folgt zu wählen:

Die Verwaltung des Bundes liegt einem Vorstand ob, der aus dem Bundessekretär und vier Mitgliedern besteht. Der Kongreß bestimmt den Bundessekretär und die vier Vönder, deren Organisationen je einen Vertreter in den Vorstand en-tsenden. Bei Bestimmung der vier Vönder sind die verschiedenen Sprachgebiete zu berücksichtigen.

Er begründet den Vorschlag damit, daß der Bund eine Föderation und nicht eine Zentralisation sei, und darum müsse man auch den einzelnen angeschlossenen Organisationen das Recht belassen, selbst ihren Vertreter für den Vorstand zu benennen. Außer-dem schlägt er vor, daß auch den skandinavischen Genossen ein Sitz im Vorstand des Bundes eingeräumt werde, weil ihnen als dem geographisch günstig gelegenen Land die Vermittlung mit dem Osten, eventuell auch mit England, leichter möglich sei.

Domes-Oesterreich bittet die Skandinavier, ihren Vorschlag zurückzuziehen und gibt zu erwägen, auch den Slawen einen Sitz im Vorstand freizuhalten. Den Vorschlag Brandes hält er für un-gesegnet.

Kummer-Deutschland schlägt vor, den Vorstand aus fünf Mit-gliedern zusammenzusetzen, wobei die Vertreter des romanischen, deutschen und skandinavischen Sprachgebiets vom Kongreß be-stimmt, Engländer und Slawen hingegen zur Bestimmung ihrer Mitglieder aufgefordert werden sollen. Redner bekämpft den An-trag Brandes und seiner Freunde.

Kerzheim ergänzt den Vorschlag des Zentralkomitees da-hin, daß bis 1. April 1921 der nächste Kongreß einberufen werden muß.

Schließlich erklärt Claussen-Schweden, daß die Skandi-navier ihren Anspruch auf Einberufung in ein skandinavisches Land zurückziehen, nachdem sie einen Delegierten im Vorstand erhalten.

Nachdem eine Einigung über die Art der Ernennung der Mit-glieder des Vorstandes, eine Mehrereinstimmung nicht herbeizuführen war, beantragte Domes-Oesterreich eine kurze Vertagung des Kongresses, damit sich die Delegierten deutscher Junge noch einmal besprechen könnten.

Irztümlerheweise wurde dieser Antrag vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung beantragt; er ließ vielmehr über den Vorschlag des Zentralkomitees selbst abstimmen, wodurch die Deutschen über-stimmt wurden. Darauf beantragte Dymann-Deutschland die Beachtung des § 15 des Bundesstatuts, das die Berücksichtigung der Organisationsstärke bei der Abstimmung verlangt.

Alsdann weist Kerzheim darauf hin, wenn man die Bun-desstatuten heranziehe, seien sie gewonnen, auch von der Berg-angehörigen zu reden und er erklärt, daß es Pflicht der Deutschen bei Kriegsausbruch gewesen wäre, das Sekretariat nach dem neu-tralen Ausland zu verlegen, um dessen Weiterfunktionieren zu ermöglichen.

Kummer-Deutschland nimmt diesen Zwischenfall zum Anlaß, um Dymann persönlich heftig anzugreifen und unterstellt ihm die Absicht, die Metallarbeiter-Internationale sprengen zu wollen.

Kogeding-Deutschland legt mit seinen Freunden entschiedenen Widerstand gegen die Angriffe Kummer ein.

Dymann weist diese Angriffe ebenfalls aufs entschiedenste zurück; Kummer habe wachlich kein Recht, ihm oder seinen Freun-den derartige Anschuldigungen zu erheben, da sie es doch ge-wesen seien, die von Kriegsbeginn an die Grundzüge der Inter-nationale hochgehalten und sich mit ihrer ganzen Person dafür ein-gesetzt haben, während andere zu jener Zeit allerdings ganz ent-gegengesetzt handelten und die Politik der Kriegsverbrecher unter-stützten. Der Kongreß müsse darum verstehen, wie sie solche Vor-würfe empören müßten. Sie weisen sie zurück und erklären, daß sie davon vollkommen unberührt bleiben.

Auf wiederholten Vorschlag der Oesterreicher tritt eine kurze Vertagung des Kongresses ein. Nach dessen Wiedereröffnung wird abgestimmt, daß der Vorstand auf dem Kongreß gewählt wird und daß sich dieser aus vier Personen neben dem Sekretär zusammen-setzt. Zum Sekretär wird gewählt: J. G. Schweiz; in den Vor-stand: Dymann für die Gebiete deutscher Sprache; Kerzheim für die romanischen Sprachgebiete; Hansen-Kopen-hagen für Skandinavien. England soll aufgefordert werden, um-gehend seinen Delegierten für den Vorstand namhaft zu machen.

Die Franzosen bringen einen Antrag über den

Urkundentag

ein, folgenden Wortlauts:

Der 8. Internationale Metallarbeiterkongreß stellt fest, daß in allen auf dem Kongreß vertretenen Ländern der Ach-tundentag durch den gewerkschaftlichen Kampf

Probert und in der Gesetzgebung festgelegt worden ist. Er erklärt, daß es die Pflicht der dem Bund angeschlossenen Länder ist, dafür Sorge zu tragen, daß die im Beschluß der Internatio-nalen Arbeitskonferenz von Washington enthaltenen Grundzüge vor dem 1. Juli 1921 in die Gesetzgebung aller Länder auf-genommen werden.

Mit allen Mitteln den Versuchen entgegenzutreten, die die achtstündige Arbeitszeit unter Verletzung des Prinzips dieser Reform verlängern wollen. Er weist die Metallarbeiter der ganzen Welt darauf hin, daß es besonders von der Kraft ihrer Organisation und ihrem eigenen Willen abhängt, den Achtstun-dentag zu bewahren, damit diese wichtige Forderung definitiv er-rungen bleibt. Er fordert sie auf, energig jeder Ver-längerung des Arbeitstages Widerstand zu leisten, die den Achtundentag gefährden könnten.

Vor Schluß der Tagung legt Kerzheim-Frankreich Wert darauf zu erklären, daß er und die Belgier ohne jedes Gefühl der Anmaßung gekommen seien und auch bei der Sitzverlegung ledig-lich vom Gesichtspunkt ausgingen, die Internationale wieder in Funktion zu bringen. Er selbst habe in Frankreich in den schwersten Zeiten die deutschen Arbeiter in Schutz genommen unter Einlegung seiner ganzen Person und werde auch in Zukunft nicht unterlassen, auf die Notwendigkeit internationaler Solidarität hinzuweisen. Zur Befestigung dieser Erklärungen beantragt er, außer dem dem diesjährigen Sekretär Schilde bereits zugewilligten Betrag von 7000 M. ihm noch eine vom Vorstand festzuziehende Gratifikation zu bewilligen.

Nach einem Schlusswort von Hansen-Kopenhagen und einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiter-Internationale wird der Kongreß geschlossen. Unter dem Gesang der Internationale geht man auseinander.

# Gewerkschaftliches

## Zur Bewegung der preussischen Kommunalbeamten und -Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Den Tageszeitungen wurde von „unterrichteter Seite“ mitgeteilt, daß eine Arbeitseinstellung der preussischen Kommunalbeamten und -Angestellten in bedrohliche Nähe gerückt sei. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese „unterrichtete Seite“ der Verband der Kommunalbeamten und -Angestellten Preußens ist.

Nach Annahme des Gesetzes vom 8. Juni d. Js. triumphiert dieser Verband in seiner Rundschau für Kommunalbeamte, daß mit dem Gesetz ein gut Teil seiner Wünsche erfüllt sei. Kameralisch triumphiert er deshalb, weil er damit dem verhassten Tarifvertragsgedanken den Garau gemacht zu haben glaubt. Bereits jetzt muß er zugeben, daß seine Erwartungen nicht erfüllt sind.

Der Zentralverband der Angestellten, in dem ein erheblicher Teil der Angestellten bei Gemeinden und Gemeindeverbänden zusammengeschlossen ist, hat mit dieser Bewegung nichts zu schaffen. Er ist zu den Beratungen nicht hinzugezogen worden. An die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten bei Gemeinden und Gemeindeverbänden ergeht deshalb die Aufforderung, nur der Weisung ihrer Organisation Folge zu leisten.

## Verbandstag des Postverbandes

Im Lehrervereinshaus ist in dieser Woche ein Verbandstag des Verbandes der mittleren Postbeamten abgehalten worden. Es ist dies ein Stand, in dem noch die Reinkultur der preussischen Beamtenzucht erhalten ist, die sich am besten mit dem Bilde des Kaschahrets darstellen läßt: nach Oben blicken und nach Unten treten. Es ist darum begreiflich, daß den Herren die Anwesenheit eines Vertreters unserer Zeitung nicht erwünscht war. Unser Berichterstatter hat daher nur gewonnen. Die Taten dieser Herren, die vom Standesbündel triefen, mühten auf die Nerven eines Menschen mit proletarischem Empfinden, eine Wirkung ausüben, die sich mit der Reinlichkeit des Saales nicht verträglich. Daß sie ihre Forderungen, teilweise nicht aus materiellen Gründen, sondern nur der Ehre wegen erheben, selbst für die Postämter, die 700 Mark Monatsentlohn beziehen, wurde unaufrichtig wiederholt. Auch ist ihre Ehre fürchterlich verletzt, weil das Reich es wagt, die Erziehung der Kinder, in den Kindergärten der Besoldungsreform ebenso hoch zu werten, wie die Weiterleitung einer Postmaschine. Daß man die Lehrer, um sie noch fester in den Kasten der Beamten einzuzwängen, um eine Klasse höher einzuführen hat, macht den Untertanengeist der Postleute rebellisch. Selbstverständlich hat auch der Bureauplatz, der in Vertretung des Reichspostministers die Tagung begrüßt hat, in das gleiche Posthorn geblasen. Denn wenn eine Klasse gegen die andere ausgespielt wird, bleibt alles hübsch beim Alten. Mit einem Wort, es ist viel viel geredet worden, sicherlich, aber schon sehr wenig. Erneuerung tut dringend not und sie wird auch sicher kommen. Es wird einmal noch auf solcher Tagung tagen.

## Bauernfang der Harmonieverbände

Der kaufmännische Verein von 1858 verfuhr, ebenso wie ihm gleich gerichtete Harmonieverbände, Angestellte für die Mitgliedschaft zu gewinnen, indem er an die Adresse des Betriebsrates der größeren Betriebe gerichtete Schreiben versendet, in denen für die Krankenkasse seines Vereins Propaganda gemacht wird, mit dem Hinweis auf die hervorragende Beiträge zur Ortskrankenkasse. Er verschweigt dabei schamhaft, daß mit der Mitgliedschaft in seiner Krankenkasse zugleich verbunden ist die Mitgliedschaft im kaufmännischen Verein von 1858, jener reaktionären Vereinigung, die vor dem Krieg eins der erheblichsten Hindernisse auf dem Wege der Fortentwicklung der Angestelltenchaft gewesen ist. Mit anderen kaufmännischen Vereinen zum sogenannten Gewerkschaftsbund der Angestellten zusammengeschlossen, steht der 58er Verein seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung.

Die Angestellten haben nicht nötig, zum Zwecke des Eintritts in eine Krankenkasse zugleich Mitglied eines Harmonieverbandes zu werden. Sie finden die Möglichkeit der Versicherung gegen Krankheit in der Krankenkasse des Zentralverbandes der Angestellten, unter besonderen Vergünstigungen, über deren Inhalt sie sich beim Zentralverband der Angestellten, Ortsbüro, Belle-Alliancestraße 7-10, Auskunft holen können. Die Sprechstunden sind täglich von 10 bis 3 Uhr, außerdem Montags und Freitags nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

**Verband der Brauerei- und Mälzerarbeiter.** Zahlreiche Berlin. Die bei den Mälzereien Kühne, Brunnenstr. 111 und Reil, Remeler Str. 5, beschäftigten Mälzer, befinden sich seit dem 12. 8. 1920 im Streik. Der Stundenlohn der gelernten Mälzer beträgt zurzeit 4,20 M., wohingegen der niedrigste Lohn der ungelerten Arbeiter 4,30 M. und derjenige der ungelerten Arbeiter auf dem Eisboden 4,75 M. beträgt. Andere gelernte Arbeiter im Betriebe erhalten 5,80 M. im Stundenlohn. Die Forderung der Mälzer geht neben einer angemessenen Erhöhung des Lohnes auf Abschaffung der neunten Arbeitsstunde täglich, die nicht bezahlt und auch nicht in Form von einer Pause ausgeglichen wird. — Leider ist zu verzeichnen, daß Lohnführer Streikarbeit leisten und die Sensörner und Gefesse von der Fabrik zur Bahn, respektive anderen Mälzereien fahren und den fertigen Mälzern für die bestreikten Firmen von dort wieder abholen. Das muß unter allen Umständen unterbleiben, und fordern wir hierdurch die in Betracht kommenden Ruischer auf, derartige Streikarbeit nicht mehr zu leisten.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Technisches Bühnenpersonal. Sonntag, 9. Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer 14-15, Saal 1, Branchen-Beiratsung. Verbandsbuch legitimiert.

**Tarifabschluss in der Dreherbranche.** Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Eisen-Revolverdreher und -dreherinnen sowie Rundschleifer nahmen in ihrer letzten Branchenversammlung den Bericht ihres Branchenleiters Gron, über die Tarifverhandlungen, entgegen. Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmervertretern mühten seinerzeit ergebnislos abgebrochen werden. Vor dem vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schiedsgericht kam es auch zu keiner Einigung, so daß das Schiedsgericht einen Spruch fällte, der wiederum vier Klassen vorsieht. Gron bezeichnet in seinem ausführlichen Bericht den Schiedsspruch als völlig einseitig, der die Branche in keiner Weise befriedigen könne. Auch die Diskussionsergebnisse kamen zum gleichen Ergebnis. Die Verammlung nahm mit knapper Majorität eine bereits von der Vertrauensmänner-Konferenz beschlossene Resolution an, in der sie sich prinzipiell gegen jede Tarifgemeinschaft ausspricht. Auch der vorgelegte Tarifvertrag sei völlig ungenügend. In Anbetracht der politischen Lage könnten jedoch Einzelaktionen der Arbeiterkraft nur Schaden bringen. Aus diesem Grunde gibt die Branchenversammlung dem Schiedsspruch ihre Zustimmung.

# Groß-Berlin

## Die Einführung der weltlichen Schule in Neukölln

Die Schuldeputation und der Magistrat der Stadt Neukölln haben beschlossen, die vom Religionsunterricht befreiten Kinder aller Schulen ab 1. Oktober gesondert einzuschulen. Ueber die große Bedeutung dieses Beschlusses, der in erster Linie dazu dienen soll, den Kindern weite Schulwege zu ersparen, sowie über den Unterschied zwischen konfessioneller und weltlicher Schule werden am Dienstag, den 31. August, abends 7 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide, die Genossen Dr. Kurt Löwenstein und Dr. Fritz Ausländer, sprechen. Elternräte und Funktionäre aller Schulen werden gebeten, für den Besuch dieser wichtigen und interessanten Versammlung rege Propaganda zu entfalten. Zur Deckung der Kosten 30 Pf. Eintrittsgeld. Freie Aussprache. Gegner der weltlichen Schule sind besonders eingeladen. Genossen und Genossinnen, sorgt für Massenbesuch dieser wichtigen Versammlung!

**Elternräte!** Die Bezirksabteilung der Elternräte werden gebeten, am Montag, abends 6 Uhr, pünktlich, zu einer kurzen Besprechung in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 5-6, zu erscheinen.

**Lehrpläne in der Wohlfahrtspflege.** Die Lehrpläne für die von den Groß-Berliner führenden Organisationen veranstalteten Lehrgänge sind jetzt fertiggestellt, so daß mit einer Eröffnung der Kurse zum Herbst gerechnet werden kann. Die Lehrgänge sollen sich über drei Semester erstrecken und eine geschlossene Ausbildung auf den verschiedenen Gebieten geben, allgemeine Wohlfahrtspflege, Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrt, wirtschaftliche Fürsorge, Wohnungsweien, Arbeitsnachweismessen, Sozialversicherung. Sie werden in den Abendstunden von 7 bis 9 Uhr stattfinden. Eine Reihe von Dozenten, die in der Praxis und Theorie der Wohlfahrtspflege Bedeutendes geleistet haben, sind bereits gewonnen worden. Schriftliche Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Lehrgänge in der Wohlfahrtspflege, Berlin W 33, Am Karlsbad 22, zu richten.

Die reservierten Wagenabteile für Kriegsbekindigte, die an der Stadt- und Ringbahn eingerichtet sind, zeigen noch den Mangel, daß sie jeweils an einer anderen Stelle des Zuges zu befinden. Die Kriegsbekindigten müssen sich diese Abteile derhalb immer erst suchen und manchmal den ganzen Zug ablaufen ehe sie die Abteile finden. Es ist daher zu wünschen, daß die reservierten Abteile ständig an derselben Stelle platziert werden, damit jeder Kriegsbekindigte weiß, wo er seinen Wagen finden kann.

**Beratung für schwerhörige Kinder.** Der Leiter der Charlottenburger städtischen Schwerhörigen-Schule hält, mit Ausnahme der Ferien, an jedem Mittwoch und Sonnabend von 12 bis 1 Uhr in der Schwerhörigen-Schule, Spreestraße 22, eine pädagogische Sprechstunde ab, in welcher den Angehörigen von schwerhörigen tauben und taufstummten Kindern unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt wird.

Der Rechtschutzverband der Vorbestraften Deutschlands wird am Donnerstag von 11 bis 1 Uhr am Sonntag, vormittags von 11 bis 1 Uhr, in Charlottenburg, Friedbergstraße 16, Ecke Suarezstraße, im Lokal des Herrn Bräunlich, keine Sprechstunden abhalten, damit denjenigen, die von der Arbeit nicht fernbleiben können, Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche vorzubringen. Das Hauptbüro befindet sich Berlin, Baerwaldstr. 44, I, und ist täglich geöffnet. Fernruf Moritzplatz 7443.

Die Charlottenburger städtische Beschwerdebefelle im Rathaus Erdgeschoss, Zimmer 43 a, Fernsprecher Magistrat Charlottenburg 242, nimmt mündliche Anzeigen und Beschwerden über Wahlen und Schiedertum werktäglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags (außer Sonnabenden) entgegen. Mündliche und schriftliche Anzeigen und Beschwerden dieser Art können außerdem von 6 bis 8 Uhr bei der Vermittlungsstelle der Preisprüfstelle Charlottenburg, Knebelstraße 62, — Amt Steinplatz 8601 — vorgebracht werden.

In die Filmprüfstelle auf Grund des Vorkaufsgesetzes wurden folgende Genossen berufen: Die Genossen Gertrud Duchnowski, Genosse Alfred Stabernack und Paul Klingner. Weitere Ernennungen stehen noch aus.

**Briefmarkennot — Kleingeldmangel.** Die Briefmarkennot hängt in gewissem Sinne mit dem Kleingeldmangel zusammen. Waren wird in verschiedenen Betrieben und Geschäftshäusern wegen Kleingeldmangel mit Briefmarken ausgezahlt? Inwiefern wäre es doch angebracht, noch mehr Kleingeld statt Briefmarken in Umlauf zu bringen. Denn eine Briefmarke kann sehr ungenügend wirken, wenn sie durch mehrere Hände geht wie es jetzt der Fall ist. Es wird wohl genügend vorhanden sein. Also, wir wollen Kleingeld und keine Briefmarken.

Eine Liebesgeschichte ereignete sich gestern in der Königsberger Straße 58. Die dort wohnende Bibliothekarin A. B. unterließ Beziehungen zu einem 48 Jahre alten Syndikus aus Fürstentum Walde a. d. Spree. Gestern vormittag wurden beide in der Wägen Wohnung tot aufgefunden. Beide hatten eine Schußwunde in der rechten Herzgegend. Nach dem Befund scheint der Syndikus zunächst seine Geliebte und dann sich selbst erschossen zu haben. Anscheinend ist die Tat in beiderseitigem Einverständnis geschehen.

Auf der Flucht erschossen wurde gestern nachmittags ein gewisser Ernst Rother, der wegen Einbruchdiebstahls gefangen wurde. Als Kriminalbeamte ihn in einer Wohnung in der Koloniestraße entdeckten, suchte er sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen. Er sprang zum Fenster hinaus, und als er auf Halberuse nicht stehen blieb, gab ein Beamter einen Schuß auf ihn ab, der ihn sehr schwer in die Brust traf.

**Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag.** Zeitweise etwas ausfallend, jedoch ziemlich kühl und überwiegend trübe, mit öfters wiederholten Regenschauern und mäßigen nördlichen Winden.

## Aus den Organisationen

**4. März.** Die für heute abend angelegte Ober-Kassierschaft kann erst am Montag, am 7. März, stattfinden.

**Nichtberufener Herr.** Heute, 8. März, Sitzung der Bezirks-Kommunalkassierschaft bei Schulz, Pantow, Friedrichstr. 5. Wichtige Tagesordnung.

## Bereinskalender

**Sozialistische Arbeiterjugend, Groß-Berlin.** Heute, 7. März, im Jugendheim, Königsberger Straße 7, wichtige Zentralvorbesprechung. Paktalausgabe und Internationalen Jugendtag.

**Rebeller-Elternbund, Gruppe Hasenheide.** Der Spielvormittag am Sonntag 14. März, bei der Beteiligung der Gruppe am Fest in Hasenheide. Abends 10 Uhr vormittags, Kleiner Tiergarten. Teilnahme mütigen. Um rege Beteiligung wünscht die neue Stammhülle.

Verantwortlich für die Redaktion des „Groß-Berlin“, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kometiner, Karlshorst. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“, Trautvetter G. m. b. H., Berlin E. 7, Breite Straße 3-9.

## Freie sozial. Jugend und Sozialistische Proletariatsjugend

Nationalsozialistischer Reichsausschuss

Am Sonntag, den 20. August 1920 findet, um 10 1/2 Uhr in Wittenau am Nordbahnhof eine öffentliche

## Jugendversammlung

unter freiem Himmel statt. Die Tagesordnung lautet: „Die Bedeutung des internationalen Jugendtages“. Die Partizipanten werden um pünktliche Beteiligung gebeten.

## „Neuwirtschaft“

Lieferungsvereinigung der Landwirtschaft, Industrie, Stadt-, Land- und Industriearbeiterschaft, G. m. b. H.

BERLIN SW 68, Lindenstraße 16.

Telephon: Moritzplatz 2863.

Unter gemeinschaftlicher Mitarbeit von Landwirten und Landarbeitern liefern wir von sofort ab waggomweise ca.

**300000 Ztr. Kartoffeln**

direkt an

Arbeiterverbände, Betriebsorganisationen und Gewerkschaften zu realen Großhandelspreisen oder im Austausch gegen Kohlen, künstl. Dünger sowie Textilwaren für Landarbeiter.

Schriftliche Anfragen sofort erbeten.

## Kleine Anzeigen

**Verkäufe**

**Staubsauger** verkauft 9-11 Uhr tags, Potsdamer Straße 29.

**Jahresanleihe**, 1000 M., mit 10% Zinsen, 1. März 1921, 1. März 1922, 1. März 1923, 1. März 1924, 1. März 1925, 1. März 1926, 1. März 1927, 1. März 1928, 1. März 1929, 1. März 1930, 1. März 1931, 1. März 1932, 1. März 1933, 1. März 1934, 1. März 1935, 1. März 1936, 1. März 1937, 1. März 1938, 1. März 1939, 1. März 1940, 1. März 1941, 1. März 1942, 1. März 1943, 1. März 1944, 1. März 1945, 1. März 1946, 1. März 1947, 1. März 1948, 1. März 1949, 1. März 1950, 1. März 1951, 1. März 1952, 1. März 1953, 1. März 1954, 1. März 1955, 1. März 1956, 1. März 1957, 1. März 1958, 1. März 1959, 1. März 1960, 1. März 1961, 1. März 1962, 1. März 1963, 1. März 1964, 1. März 1965, 1. März 1966, 1. März 1967, 1. März 1968, 1. März 1969, 1. März 1970, 1. März 1971, 1. März 1972, 1. März 1973, 1. März 1974, 1. März 1975, 1. März 1976, 1. März 1977, 1. März 1978, 1. März 1979, 1. März 1980, 1. März 1981, 1. März 1982, 1. März 1983, 1. März 1984, 1. März 1985, 1. März 1986, 1. März 1987, 1. März 1988, 1. März 1989, 1. März 1990, 1. März 1991, 1. März 1992, 1. März 1993, 1. März 1994, 1. März 1995, 1. März 1996, 1. März 1997, 1. März 1998, 1. März 1999, 1. März 2000, 1. März 2001, 1. März 2002, 1. März 2003, 1. März 2004, 1. März 2005, 1. März 2006, 1. März 2007, 1. März 2008, 1. März 2009, 1. März 2010, 1. März 2011, 1. März 2012, 1. März 2013, 1. März 2014, 1. März 2015, 1. März 2016, 1. März 2017, 1. März 2018, 1. März 2019, 1. März 2020, 1. März 2021, 1. März 2022, 1. März 2023, 1. März 2024, 1. März 2025, 1. März 2026, 1. März 2027, 1. März 2028, 1. März 2029, 1. März 2030, 1. März 2031, 1. März 2032, 1. März 2033, 1. März 2034, 1. März 2035, 1. März 2036, 1. März 2037, 1. März 2038, 1. März 2039, 1. März 2040, 1. März 2041, 1. März 2042, 1. März 2043, 1. März 2044, 1. März 2045, 1. März 2046, 1. März 2047, 1. März 2048, 1. März 2049, 1. März 2050, 1. März 2051, 1. März 2052, 1. März 2053, 1. März 2054, 1. März 2055, 1. März 2056, 1. März 2057, 1. März 2058, 1. März 2059, 1. März 2060, 1. März 2061, 1. März 2062, 1. März 2063, 1. März 2064, 1. März 2065, 1. März 2066, 1. März 2067, 1. März 2068, 1. März 2069, 1. März 2070, 1. März 2071, 1. März 2072, 1. März 2073, 1. März 2074, 1. März 2075, 1. März 2076, 1. März 2077, 1. März 2078, 1. März 2079, 1. März 2080, 1. März 2081, 1. März 2082, 1. März 2083, 1. März 2084, 1. März 2085, 1. März 2086, 1. März 2087, 1. März 2088, 1. März 2089, 1. März 2090, 1. März 2091, 1. März 2092, 1. März 2093, 1. März 2094, 1. März 2095, 1. März 2096, 1. März 2097, 1. März 2098, 1. März 2099, 1. März 2100, 1. März 2101, 1. März 2102, 1. März 2103, 1. März 2104, 1. März 2105, 1. März 2106, 1. März 2107, 1. März 2108, 1. März 2109, 1. März 2110, 1. März 2111, 1. März 2112, 1. März 2113, 1. März 2114, 1. März 2115, 1. März 2116, 1. März 2117, 1. März 2118, 1. März 2119, 1. März 2120, 1. März 2121, 1. März 2122, 1. März 2123, 1. März 2124, 1. März 2125, 1. März 2126, 1. März 2127, 1. März 2128, 1. März 2129, 1. März 2130, 1. März 2131, 1. März 2132, 1. März 2133, 1. März 2134, 1. März 2135, 1. März 2136, 1. März 2137, 1. März 2138, 1. März 2139, 1. März 2140, 1. März 2141, 1. März 2142, 1. März 2143, 1. März 2144, 1. März 2145, 1. März 2146, 1. März 2147, 1. März 2148, 1. März 2149, 1. März 2150, 1. März 2151, 1. März 2152, 1. März 2153, 1. März 2154, 1. März 2155, 1. März 2156, 1. März 2157, 1. März 2158, 1. März 2159, 1. März 2160, 1. März 2161, 1. März 2162, 1. März 2163, 1. März 2164, 1. März 2165, 1. März 2166, 1. März 2167, 1. März 2168, 1. März 2169, 1. März 2170, 1. März 2171, 1. März 2172, 1. März 2173, 1. März 2174, 1. März 2175, 1. März 2176, 1. März 2177, 1. März 2178, 1. März 2179, 1. März 2180, 1. März 2181, 1. März 2182, 1. März 2183, 1. März 2184, 1. März 2185, 1. März 2186, 1. März 2187, 1. März 2188, 1. März 2189, 1. März 2190, 1. März 2191, 1. März 2192, 1. März 2193, 1. März 2194, 1. März 2195, 1. März 2196, 1. März 2197, 1. März 2198, 1. März 2199, 1. März 2200, 1. März 2201, 1. März 2202, 1. März 2203, 1. März 2204, 1. März 2205, 1. März 2206, 1. März 2207, 1. März 2208, 1. März 2209, 1. März 2210, 1. März 2211, 1. März 2212, 1. März 2213, 1. März 2214, 1. März 2215, 1. März 2216, 1. März 2217, 1. März 2218, 1. März 2219, 1. März 2220, 1. März 2221, 1. März 2222, 1. März 2223, 1. März 2224, 1. März 2225, 1. März 2226, 1. März 2227, 1. März 2228, 1. März 2229, 1. März 2230, 1. März 2231, 1. März 2232, 1. März 2233, 1. März 2234, 1. März 2235, 1. März 2236, 1. März 2237, 1. März 2238, 1. März 2239, 1. März 2240, 1. März 2241, 1. März 2242, 1. März 2243, 1. März 2244, 1. März 2245, 1. März 2246, 1. März 2247, 1. März 2248, 1. März 2249, 1. März 2250, 1. März 2251, 1. März 2252, 1. März 2253, 1. März 2254, 1. März 2255, 1. März 2256, 1. März 2257, 1. März 2258, 1. März 2259, 1. März 2260, 1. März 2261, 1. März 2262, 1. März 2263, 1. März 2264, 1. März 2265, 1. März 2266, 1. März 2267, 1. März 2268, 1. März 2269, 1. März 2270, 1. März 2271, 1. März 2272, 1. März 2273, 1. März 2274, 1. März 2275, 1. März 2276, 1. März 2277, 1. März 2278, 1. März 2279, 1. März 2280, 1. März 2281, 1. März 2282, 1. März 2283, 1. März 2284, 1. März 2285, 1. März 2286, 1. März 2287, 1. März 2288, 1. März 2289, 1. März 2290, 1. März 2291, 1. März 2292, 1. März 2293, 1. März 2294, 1. März 2295, 1. März 2296, 1. März 2297, 1. März 2298, 1. März 2299, 1. März 2300, 1. März 2301, 1. März 2302, 1. März 2303, 1. März 2304, 1. März 2305, 1. März 2306, 1. März 2307, 1. März 2308, 1. März 2309, 1. März 2310, 1. März 2311, 1. März 2312, 1. März 2313, 1. März 2314, 1. März 2315, 1. März 2316, 1. März 2317, 1. März 2318, 1. März 2319, 1. März 2320, 1. März 2321, 1. März 2322, 1. März 2323, 1. März 2324, 1. März 2325, 1. März 2326, 1. März 2327, 1. März 2328, 1. März 2329, 1. März 2330, 1. März 2331, 1. März 2332, 1. März 2333, 1. März 2334, 1. März 2335, 1. März 2336, 1. März 2337, 1. März 2338, 1. März 2339, 1. März 2340, 1. März 2341, 1. März 2342, 1. März 2343, 1. März 2344, 1. März 2345, 1. März 2346, 1. März 2347, 1. März 2348, 1. März 2349, 1. März 2350, 1. März 2351, 1. März 2352, 1. März 2353, 1. März 2354, 1. März 2355, 1. März 2356, 1. März 2357, 1. März 2358, 1. März 2359, 1. März 2360, 1. März 2361, 1. März 2362, 1. März 2363, 1. März 2364, 1. März 2365, 1. März 2366, 1. März 2367, 1. März 2368, 1. März 2369, 1. März 2370, 1. März 2371, 1. März 2372, 1. März 2373, 1. März 2374, 1. März 2375, 1. März 2376, 1. März 2377, 1. März 2378, 1. März 2379, 1. März 2380, 1. März 2381, 1. März 2382, 1. März 2383, 1. März 2384, 1. März 2385, 1. März 2386, 1. März 2387, 1. März 2388, 1. März 2389, 1. März 2390, 1. März 2391, 1. März 2392, 1. März 2393, 1. März 2394, 1. März 2395, 1. März 2396, 1. März 2397, 1. März 2398, 1. März 2399, 1. März 2400, 1. März 2401, 1. März 2402, 1. März 2403, 1. März 2404, 1. März 2405, 1. März 2406, 1. März 2407, 1. März 2408, 1. März 2409, 1. März 2410, 1. März 2411, 1. März 2412, 1. März 2413, 1. März 2414, 1. März 2415, 1. März 2416, 1. März 2417, 1. März 2418, 1. März 2419, 1. März 2420, 1. März 2421, 1. März 2422, 1. März 2423, 1. März 2424, 1. März 2425, 1. März 2426, 1. März 2427, 1. März 2428, 1. März 2429, 1. März 2430, 1. März 2431, 1. März 2432, 1. März 2433, 1. März 2434, 1. März 2435, 1. März 2436, 1. März 2437, 1. März 2438, 1. März 2439, 1. März 2440, 1. März 2441, 1. März 2442, 1. März 2443, 1. März 2444, 1. März 2445, 1. März 2446, 1. März 2447, 1. März 2448, 1. März 2449, 1. März 2450, 1. März 2451, 1. März 2452, 1. März 2453, 1. März 2454, 1. März 2455, 1. März 2456, 1. März 2457, 1. März 2458, 1. März 2459, 1. März 2460, 1. März 2461, 1. März 2462, 1. März 2463, 1. März 2464, 1. März 2465, 1. März 2466, 1. März 2467, 1. März 2468, 1. März 2469, 1. März 2470, 1. März 2471, 1. März 2472, 1. März 2473, 1. März 2474, 1. März 2475, 1. März 2476, 1. März 2477, 1. März 2478, 1. März 2479, 1. März 2480, 1. März 2481, 1. März 2482, 1. März 2483, 1. März 2484, 1. März 2485, 1. März 2486, 1. März 2487, 1. März 2488, 1. März 2489, 1. März 2490, 1. März 2491, 1. März 2492, 1. März 2493, 1. März 2494, 1. März 2495, 1. März 2496, 1. März 2497, 1. März 2498, 1. März 2499, 1. März 2500, 1. März 2501, 1. März 2502, 1. März 2503, 1. März 2504, 1. März 2505, 1. März 2506, 1. März 2507, 1. März 2508, 1. März 2509, 1. März 2510, 1. März 2511, 1. März 2512, 1. März 2513, 1. März 2514, 1. März 2515, 1. März 2516, 1. März 2517, 1. März 2518, 1. März 2519, 1. März 2520, 1. März 2521, 1. März 2522, 1. März 2523, 1. März 2524, 1. März 2525, 1. März 2526, 1. März 2527, 1. März 2528, 1. März 2529, 1. März 2530, 1. März 2531, 1. März 2532, 1. März 2533, 1. März 2534, 1. März 2535, 1. März 2536, 1. März 2537, 1. März 2538, 1. März 2539, 1. März 2540, 1. März 2541, 1. März 2542, 1. März 2543, 1. März 2544, 1. März 2545, 1. März 2546, 1. März 2547, 1. März 2548, 1. März 2549, 1. März 2550, 1. März 2551, 1. März 2552, 1. März 2553, 1. März 2554, 1. März 2555, 1. März 2556, 1. März 2557, 1. März 2558, 1. März 2559, 1. März 2560, 1. März 2561, 1. März 2562, 1. März 2563, 1. März 2564, 1. März 2565, 1. März 2566, 1. März 2567, 1. März 2568, 1. März 2569, 1. März 2570, 1. März 2571, 1. März 2572, 1. März 2573, 1. März 2574, 1. März 2575, 1. März 2576, 1. März 2577, 1. März 2578, 1. März 2579, 1. März 2580, 1. März 2581, 1. März 2582, 1. März 2583, 1. März 2584, 1. März 2585, 1. März 2586, 1. März 2587, 1. März 2588, 1. März 2589, 1. März 2590, 1. März 2591, 1. März 2592, 1. März 2593, 1. März 2594, 1. März 2595, 1. März 2596, 1. März 2597, 1. März 2598, 1. März 2599, 1. März 2600, 1. März 2601, 1. März 2602, 1. März 2603, 1. März 2604, 1. März 2605, 1. März 2606, 1. März 2607, 1. März 2608, 1. März 2609, 1. März 2610, 1. März 2611, 1. März 2612, 1. März 2613, 1. März 2614, 1. März 2615, 1. März 2616, 1. März 2617, 1. März 2618, 1. März 2619, 1. März 2620, 1. März 2621, 1. März 2622, 1. März